

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 37.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 6. bis 12. September 1907.

Posen, den 17. September 1907.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 203 des Lech (Gnesen)
vom 6. September 1907:

Der Preßauschuß der Posener Gartenbau-Ausstellung sendet uns in deutscher Sprache die Benachrichtigung, daß die Liste der Anmeldungen bereits geschlossen sei. Den Rest der Bemerkungen und den ganzen Lobeshymnus über das Thema Prämierungen usw. übergehen wir und bitten den Preßauschuß, uns deutsche Benachrichtigungen nicht zu senden. Wenn er Beteiligung von unserer Seite wünscht, dann möge er sich in polnischer Sprache an uns wenden.

Aus Nr. 203 des Postep (Posen)
vom 5. September 1907:

Im Anschluß an eine Auslassung des Posener Tageblattes betreffend die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles bemerkt der Postep: „So ruft also das Posener Polizeiblatt! Wir können jagen: „Was geht den Mond an, wenn der Hund ihn anbellt?!“ Am besten wäre es, man setzte einen Superintendenten auf den erzbischöflichen Stuhl in Posen, wie wir schon einmal geschrieben haben. Solchen lutherischen Ergüssen gegenüber in Sachen der Besetzung des Erzbistums muß die polnisch-katholische Bevölkerung um so entschiedener einen polnischen Erzbischof fordern, und zwar einen solchen, der nicht ein willfähriges Werkzeug der preußischen Regierung wäre. Wir wiederholen nochmals: Wehe dem deutschen Geistlichen, der unter solchen Bedingungen, wie sie das Posener Reptil fordert, die erzbischöfliche Würde annähme! Die Polen würden sich mit ihm Rat wissen. Selbst wenn er von Polizisten und Gendarmen umgeben einherginge, dann würde er keinen Einfluß auf unsere kirchlichen Verhältnisse haben. Was das Tageblatt von der mit dem polnischen Erzbischof verbundenen polnischen Agitation sagt, ist alles freches Geschwätz, ex officio zusammengelogen und Hunderte von Malen schon aufgewärmt. Wir wollen einen Erzbischof und keinen polizeilichen Germanisator, verstanden, du habschistisches Reptil?!“

Aus Nr. 208 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 11. September 1907:**Betreffs des Wagens Drzymalas**

erhalten wir vom Propst Sypniewski-Janowicz nachstehendes:

Der verstorbene emeritierte Geistliche Konstantin Kucharski aus Odra ging, als er im Jahre 1905 im Herbst bei mir weilte, um mir bei der Arbeit zu helfen, einstmals auf den Markt, um sich die dort stehenden schlesischen Buden anzusehen. Ich fragte ihn: „Was hast Du in diesen grünen Wagen gemacht?“ Und es war das ein sehr neugieriger Alter. Als er sich diese Buden auf den Wagen anjah und darin eine ganze Wirtschaft, sogar eine kleine Küche mit Kamin bemerkte, da schrieb er sofort an den Patron der Rustikalvereine Herrn Josef v. Chlapowski-Mzegocin. Und der Geistliche Konstantin liebte das Schreiben sehr und sandte alle Tage einige Briefe ab, — es war das eine seiner unschädlichen Passionen. Er machte also das Projekt, auf einem parzellierten Gut, wenn die Regierung nicht gestatte, Wohnhäuser zu bauen, solche massiven Wagen mit Küchen aufzustellen. Wenn dann die Polizei komme, um zu revidieren, dann sollten die Wagen wegfahren, und von den Parzellanten werde keine Spur mehr da sein.

Mein Gott, habe ich damals über den Alten gelacht, — und Herr v. Chlapowski hat dem Geistlichen K. sogar geschrieben, daß er de rebus publicis denke, er erachte das aber als unausführbar. Wie würde K. sich jetzt freuen, wenn er von Drzymalas Wagen wüßte! Leider hat der Tod ihn am 26. Juli d. J. plötzlich in Wollstein fortgerafft. Bestimmt würde er mir geschrieben haben: „Siehst Du, haben sich meine Einfälle nicht verwirklicht?“

Pfarrer Siegmund Sypniewski.

Aus Nr. 208 des Postep (Posen)
vom 11. September 1907:**Betrifft Drzymalas Wagen.**

Aus der Provinz, im September.

.... Als wir von dem wackeren Drzymala lasen, der so künstlich eine Wohnung auf einem Wagen hergerichtet hat, kam uns der Gedanke, ob wir es nicht ebenso machen könnten. In unserer Gegend hat eine der Posener Banken ein gutes Vorwerk zum Verkauf. Zwei ziemlich entlegene Streifen von je etwa 20 Morgen will die Bank billig verkaufen. Wir haben uns nun verabredet, daß zwei von uns solche Wagen ankaufen und auf eigenem Boden wohnen sollen. In der künftigen

Woche werden wir nach Posen kommen. Natürlich werden wir den Herrn Redakteur besuchen, und wir möchten von ihm den Namen eines Herrn erfahren, der solche Wagen bauen will. Wir kennen ihn nicht, es hat uns aber ein Herr aus Posen gesagt, es sei das ein guter Bekannter des Herrn Redakteurs. Sollten wir die Sache mit den Wagen glücklich erledigen, dann werden wir sofort in die Bank gehen und diese beiden Stücke Land kaufen. Wenn wir auch wie die Zigeuner wohnen werden, so doch auf eigenem Boden.

* * *

In derselben Angelegenheit schreibt der Wielkopolanin (Posen) in Nr. 208

vom 11. September 1907:

Drzymalawagen.

Unter diesem Titel erhalten wir von einem gewissen angesehenen Bürger nachstehenden Vorschlag:

Als ich mir das in einer der letzten Nummern des Dziennik abgezeichnete Häuschen Drzymalas ansah, kam mir in den Sinn, ob es nicht angebracht wäre, ein Preisausschreiben für das beste Wohnhäuschen — System Drzymala — zu erlassen. In Häuschen dieser Art wohnen doch sehr oft verschiedene Wandertheater, Menageriebesitzer, Seiltänzer usw., und manchmal habe ich gesehen, daß solche Wohnungen sehr sauber und bequem eingerichtet waren. Wenngleich wir zu keinem Nomadenvolk gehören, sondern seit Jahrtausenden auf dem mit dem Blute unserer Väter und Vorfäter reichlich benetzten Boden sitzen, so gilt es doch heute, bei dem jetzigen gegen alles Polnische gerichteten Verfolgungssysteme selbst manchmal absonderliche Mittel und Wege zu suchen, um die Tollheit unserer Feinde zu nichte zu machen und ihre Handlungsweise der Kritik der ganzen Menschheit zu unterbreiten. Ich hoffe, daß der Einfall des ehrenwerten Wirts Drzymala unsere Wagenfabrikanten anregen wird, recht gute Häuschen dieser Art auf Rädern fertig zu stellen, und ich schlage vor, ihnen den Namen „Drzymalawagen“ beizulegen.

Da es sich nicht anläßt, als sollte das gegen uns angewandte System aufgehoben werden, könnten die Fabrikanten solcher Drzymalawagen auf zahlreiche Abnehmer rechnen, und dem himmlischen Wirt Drzymala müßte man aus öffentlichen Spenden einen solchen Drzymalawagen schenken.

Vielleicht besaßen sich mit dieser Sache auch unsere Parzellierungsbanken, deren Tätigkeit durch das neue Ansiedelungsgesetz sehr erschwert wird.

E. J.

Für obigen Zweck füge ich 5 Mark bei.

(Der Verfasser obigen Artikels ist der Arzt Dr. Jęzowski in Posen. Red. d. Ges.-Ab.)

Aus Nr. 207 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza) vom 10. September 1907:

Der arme Drzymala,

den die berühmte preußische Kultur zwingt, anstatt in einem Hause in einem Zigeunerwagen zu wohnen, ist mit seiner Frau und seinen kleinen Kindern anläßlich des herannahenden Winters empfindlicher Kälte und schlechtem Wetter ausgesetzt. Wir können als Landsleute des unglücklichen und heldenhaften Drzymala nicht gleichgültig auf sein und seiner Familie Leiden sehen, die er als Glied des polnischen Volkes infolge

der bekannten preußischen „Wohltaten“ ertragen muß. Was in Preußen für einen Hund oder für ein Schwein erlaubt ist, das gestattet man für einen preußischen Bürger nicht, was wir an dem Beispiele des unglücklichen Drzymala, der Pole ist, erfahren.

Im gesamten Volke ist der einmütige Gedanke entstanden, der Familie Drzymala durch Sammlung von Beiträgen einen neuen entsprechenden Wagen zu beschaffen, damit dieser Märtyrer für die polnische Sache im strengen Winter ohne Gefahr mit seiner Familie in ihm wohnen könnte.

Der Verlag des Dziennik Kujawski hat sich um ein treues Bild des Drzymalaschen Wagens bemüht und verbreitet dasselbe durch Ansichtspostkarten (zu 5 Pfg. das Stück). Gleichzeitig eröffnen wir eine Sammlung für einen neuen Wagen, der dem Drzymala als Wohnung dienen soll.

Wir hoffen, daß sich unter uns niemand findet, der dem unglücklichen Drzymala sein Hilfe vorenthalten würde. Zum Beginne der Sammlung zeichnet unsere Redaktion 5 Mark. Um weitere Beiträge wird inständigst gebeten. Nach dem Ankauf eines neuen Wagens für die Familie Drzymala soll der alte Wagen dem Nationalmuseum in Rapperswil in der Schweiz überandt oder nach Krakau geschickt werden, woselbst er als ein Denkmal der preußischen „Kultur“ öffentlich vor der zivilisierten Menschheit des 20. Jahrhunderts sichtliches Zeugnis ablegen wird von den preußischen „Wohltaten“, die wir aus Dankbarkeit dafür erhalten, daß unsere Väter für die Größe Preußens und Deutschlands ihr polnisches Blut auf den Schlachtfeldern vergossen haben. Aus dieser lebendigen Illustration wird sich die Welt überzeugen, daß Rußland den halbwildem Baschkiren und Ostjaken das nicht verbietet, was uns in dem kulturellen Preußen durch das berühmte Ansiedelungsgesetz verboten wird: der Aufbau eines Wohnhauses auf eigener Erde.

Aus Nr. 202 des Lech (Gnesen)

vom 5. September 1907:

Die Modliżewkoer Angelegenheit.

Herr A. Niesiolowski hat die Gesamtheit in geradezu schändlicher Weise zum besten gehabt. Auf deren Leichtgläubigkeit und Gutmütigkeit spekulierend, kündigte er in seiner Angelegenheit ein Ehrengericht an, dem er weiß aus Erfahrung, daß solche Gerichte eine bequeme Deckung für jedweden Schuß sind. Wir nehmen es ihm nicht übel, daß er dem Beispiele anderer „Zierden“ der polnischen Gesamtheit folgt, aber wir veragen es ihm, daß er bei dieser Gelegenheit mit unwahren Behauptungen operiert. Er sagt, er habe im Kontrakte eine Konventionalstrafe von 10 000 Mk. vorgesehen, falls Modliżewko veräußert werden sollte. Abgesehen davon, daß 10 000 Mk. in Anbetracht eines so großen Objekts eine geradezu lächerliche Strafe ist, müssen wir betonen, daß nach unseren Informationen Herr A. Niesiolowski eine solche Strafe überhaupt nicht ausbedungen hat. Die Ankündigung des Ehrengerichts und die Behauptung betreffs der Konventionalstrafe sind darauf berechnet, der Gesamtheit Sand in die Augen zu streuen.

Möge Herr A. Niesiolowski solches abstreiten, wenn er es kann.

Herr A. Niesiolowski sagt, daß er die Familie des Herrn Konstantin Sulerzyski kenne. Desto schlimmer für ihn, denn dadurch gibt er selbst zu, daß er Modliżewko absichtlich veräußert hat. Er hat jedoch augenscheinlich nicht damit gerechnet, daß Herr A. Sulerzyski diese umfangreiche Fläche polnischen Landes „sofort“

veräußern wird. Zu seinem Unglücke wollte Herr Sulerzyski recht schnell zu Gelde kommen und hat gleich nach der Auflösung (am Freitag) Modliżewko an Herrn Wendorff mit einem Verdienste von 90 000 Mk. abgetreten.

Leute, welche die Veräußerung des Gutes Modliżewko aus der Nähe gesehen haben, behaupten entschieden, daß die ganze Sache von vornherein zwischen den Herren Riejiolowski, Sulerzyski und Swinarski einerseits und Herrn Wendorff andererseits abgekartet gewesen sei. Herr Riejiolowski hat an dieser Veräußerung eine sehr ansehnliche Summe Geldes verdient, seine Helfershelfer desgleichen. Der vermeintliche Käufer, Herr A. Sulerzyski, hat 690 Tausend bezahlt und sofort 780 Tausend Mark bekommen. Wieviel Herr von Swinarski verdient hat, läßt sich leicht berechnen.

Herr Riejiolowski, der 225 Tausend Mark bares Geld in die Hand bekommen, wohnt in Posen-Lazarus. Augenscheinlich rechnet er auf die Gesellschaft der Herren Swinarski und Sulerzyski. Sie kommt ihm auch rechtens zu.

Weitere Worte über die Person des Herrn Riejiolowski wollen wir nun nicht mehr verlieren. Wir bemerken nur, daß er am gesellschaftlichen Leben des Kreises Gnesen niemals Anteil genommen hat; zu den Kreistagen erschien er niemals, angeblich „wegen Alters“ nicht, weswegen er dies bedeutende Besitztum auch veräußerte. Dagegen liebte er sehr das Prozeßieren und ließ den jüdischen Rechtsanwälten Verdienste zukommen. Uns interessiert es besonders, daß Herr Riejiolowski religiöse Gedichte an die Mutter Gottes schrieb. Jetzt sollte er sein dichterisches Talent nach einer anderen Richtung zur Geltung kommen lassen.

Noch nicht gehörig aufgeklärt ist die Rolle, welche die Kinder des Herrn Riejiolowski bei der Veräußerung Modliżewkos gespielt haben. Man teilt uns mit, daß einige Tage vor dem Verkauf in Modliżewko Familienrat abgehalten worden sei, durch den der Verkauf beschlossen wurde. In diesem Familienrate beteiligte sich auch der bekannte Abstinenzler, Pfarrer Riejiolowski aus Pleßchen. Ob auch er mit dieser Veräußerung einverstanden war?

Vor Jahren trug Herr A. Riejiolowski den Namen Wieczorek und pachtete in Kujawien die Güter: Szarlej, Marczyn und Mcluwowo vom Herrn von Koszielski, mit dem er ewig im Prozeß lebte.

Zur Charakteristik des Herrn A. Sulerzyski, zu dem Herr Riejiolowski so großes Vertrauen hatte, bemerken wir, daß er Dissident ist, d. h. er ist aus der katholischen Kirche ausgetreten, weil in Chudopjice (Steinhors) die Kirchenabgaben zu hohe waren. Über seinen sonstigen Ruf wollen wir lieber schweigen.

Nach dem, was wir im obigen gesagt, wird sich wohl niemand wundern, daß eine so ausgesuchte Kompagnie eine solche Fläche polnischen Landes veräußert hat.

Reichstagsmandat, das ebenfalls Direktor von Grabski innehat, nach wie vor als gesichert gelten, denn dabei entscheidet nicht der Besitzstand, sondern die Zahl der Stimmen, und in dieser Beziehung haben wir immer noch das Übergewicht. Bei den letzten Reichstagswahlen hat man 16 488 polnische und nur 7 841 deutsche Stimmen gezählt. Dieser Stand der Sache kann sich so sehr zu unserem Nachteile nicht verändern, obgleich eine Lumpigkeit nach der anderen unsere Fundamente unterspült. Es wäre schlimmer, wenn unsere Bauern trotz der überaus schwierigen Verhältnisse sich nicht so tapfer hielten, wie es der Fall ist. Jeder wird zugeben müssen, daß es unter ihnen verhältnismäßig wenig Schmälterer des väterlichen Bodens gibt, und nur dieser und jener folgt — vorwiegend aus Not — dem Beispiele der „älteren Brüder.“

Diesen ruhigen und einfachen Arbeitern auf väterlicher Scholle verdanken wir es, daß uns das Reichstagsmandat für längere Zeit sicher ist.

Aus Nr. 199 des Lech (Gnesen)
vom 1. September 1907:

Unter der Spitzmarke „Die Geistlichkeit und die Arbeit in den Vereinen“ wird dem Lech u. a. folgendes geschrieben:

Die letzte Versammlung der Patrone und Vizepatrone der Arbeitervereine beschloß, dafür zu sorgen, daß die Vizepatronate der Arbeitervereine nach Möglichkeit von weltlichen Personen besetzt würden. Wir erachten diesen Beschluß als einen außergewöhnlich wichtigen. Erstens wirkt eine weltliche Person auf die Vereinsmitglieder **nicht so suggestiv** wie eine geistliche Person. Der Arbeiter wird sich einer weltlichen Person gegenüber nicht so gebunden fühlen, wie einem Geistlichen gegenüber, er wird seine Ansichten freier äußern, er lernt schneller selbständig denken. Wenn die Versammlungen der Arbeitervereine häufiger von einer weltlichen Person geleitet werden, dann werden wir die Vereinsmitglieder zu Bürgern erziehen.

Doch auch von anderer Seite ist der obige Beschluß von ungeheurer Wichtigkeit. Die darauf abzielende Strömung, die Geistlichkeit möge den umfangreichsten Anteil an dem Vereinsleben der Arbeitervereine nehmen, kann leicht einer plötzlichen Änderung unterliegen. Wir wissen nicht, wer in Zukunft unseren verwaisten erzbischöflichen Thron einnehmen wird und welche Strömungen alsdann zu verzeichnen sein werden. Es gibt nichts Möglicheres als das, daß die geistliche Behörde der Geistlichkeit die bisherige Arbeit ebenso verbietet, wie man den Pfarrern befohlen hat, aus der „Straz“ auszutreten; uns ist sogar ein Fall bekannt, daß die geistliche Behörde einem gewissen schätzbaren Geistlichen verbot — es sind bereits über fünf Jahre her —, sich an der Wirksamkeit des Gnesener Selbsthilfevereins für Unterrichtszwecke zu beteiligen, also an der Arbeit eines Vereins, der rein kulturelle Zwecke verfolgt. In dem genannten Falle befaßte sich der Geistliche mit Vorträgen aus der polnischen Literatur — und das hielt die geistliche Behörde für gefährlich. Es gibt somit nichts leichteres, als das, daß die geistliche Behörde den Geistlichen ebenso verbieten kann, in den Arbeiter- und ähnlichen Vereinen tätig zu sein.

Was wird dann geschehen? Diese Vereine werden ohne Führer sein. Sie werden sich selbst sicherlich keinen Rat wissen. Aus diesen Gründen sollte es unsere Intelligenz für ihre heilige Pflicht ansehen, sich mit den Arbeitervereinen zu befassen. Diese Vereine, die sich heute mit Recht über die Intelligenz beklagen und entrüsten, weil sie so untätig ist und der Sache der Arbeiter

Aus Nr. 203 des Lech (Gnesen)
vom 6. September 1907:

Aus Anlaß des Überganges des Rittergutes Modliżewko in deutsche Hände sollen nach polnischen Blättern auch die polnischen Mandate aus dem Wahlkreise Wągrowitz-Gnesen-Witkowo bedroht sein. Der Lech schreibt hierzu: Wir bemerken, daß vorläufig nur das Landtagsmandat bedroht ist. Es ist bekannt, daß Herr Direktor von Grabski bei den letzten Landtagswahlen nur mit geringer Mehrheit gewählt wurde. Infolge der Veräußerungen durch Inchlinski, Dobrogojski und Riejiolowski ist die Hoffnung auf die Gewinnung des Mandats für immer geschwunden. Dafür kann das

gleichgültig gegenübersteht, werden sie, wie wir das bei der Diskussion über dieses Thema in Gnesen zu beobachten Gelegenheit hatten, mit freudigem Herzen empfangen.

Wir appellieren daher an unsere Intelligenz, sie möge sich aufrichtig mit den Arbeitervereinen befassen. Das ist ihre heilige Pflicht; wenn sie sich ihr entzieht, dann begeht sie eine schwere nationale Sünde.

Aus Nr. 208 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)
vom 11. September 1907:

Unter der Spitzmarke „Wie wir uns selber achten“ schreibt der Dz. Kuj. folgendes:

Aus dem Jahresbericht des Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften geht hervor, daß wir 19 polnische Genossenschaften haben, die nur in deutschen Zeitungen annoncieren, und 18 Genossenschaften, die in polnischen und deutschen Zeitungen annoncieren.

So etwas ist geradezu des Schämens wert, es ist das eine nationale Demütigung vor den Deutschen, daß wir aus unserem Patriotismus und aus unserem Empfinden der nationalen Würde auf diese Weise eine öffentliche Karikatur machen. Durch ähnliche Manipulationen schaden unsere Banken der polnischen Presse, die sie unterstützt, oder sie zwingen die Polen zur Mitunterhaltung der polenfresserischen Blätter. Und das alles geschieht unter dem Patronate des Prälaten Wawrzyniak! Dieser unser polnischer Patriotismus ist fürwahr lächerlich und eine wahre Karikatur, als ob wir von ihm nicht die geringste Auffassung hätten.

Auch das kann der Fall sein, denn in unseren Genossenschaften sitzen manchmal Leute, die das Polentum geradezu verhöhnern und von den nationalen Pflichten nicht die geringste Vorstellung haben! Die Gesamtheit ernährt und erzieht sie für die Feinde, in deren Interesse sie auch so häufig wirken.

Aus Nr. 203 des Lech (Gnesen)
vom 6. September 1907:

Aus Wittkowo schreibt man uns mit großer Entrüstung über die Verbrüderung der in der dortigen Umgegend ansässigen Landbesitzer mit den preussischen Offizieren während der diesjährigen Manöver. Unser Korrespondent schreibt, daß die „Herren vom Adel“ augenscheinlich nichts wußten von der allgemeinen Bedrückung und von dem allgemeinen durch die Militärbehörden geübten Boykotte, wenn sie sich mit den Vertretern der preussisch-deutschen Macht so zu verbrüdern verständen.“

Wir veröffentlichen die ganze Korrespondenz nicht, weil sie die Wittkower Grundbesitzer in überaus scharfer Weise durchpeitscht, und wir wollen in diesem Falle nicht allzu streng verfahren, weil man uns des öfteren gerade in Beziehung auf die Grundbesitzer Parteilichkeit vorgeworfen hat. Wenn es sich jedoch herausstellen sollte, daß unser Korrespondent nicht zu schwarz gemalt und daß sein gekränktes Herz ihn nicht zur Übertreibung gedrängt hat, dann werden wir gezwungen sein, seiner Entrüstung Ausdruck zu verleihen. Wir verstehen die Offenheit des Wirtes gegen jedermann, gleichviel ob gegen die Seinen oder gegen den Feind, aber das, worüber er schreibt, würde im höchsten die nationale Würde benachteiligen, wenn es tatsächlich geschehen ist.

Aus Nr. 208 des Dziennik Kujawski (Hohenalza)
vom 11. September 1907:

Überall und immer Polen!

Es gibt keine deutsche Festlichkeit, an der sich nicht Polen beteiligen würden. Das geschah jetzt auch wieder in Modliborzyc, woselbst die „wahren Deutschen“ des Hohenalzaer Kreises am verflossenen Sonntage einen „Deutschen Tag“ veranstaltet hatten. Über diese Polen schreibt der Kuj. Bote wörtlich:

„— es war erfreulich, daß an dieser Festlichkeit auch viele mit Orden ausgezeichnete Polen teilnahmen.“ — Sie haben also aus vollem Halse „Hurra“ gerufen und „Dajezland über alles“ gesungen. An dieser Zusammenkunft beteiligten sich auch Landwehrvereine, die sich — wie bekannt — der Mitgliedschaft zahlreicher Polen erfreuen.

Daß wir Polen mit unserer Anwesenheit auch überall all die deutschen uns feindlichen Festlichkeiten verherrlichen müssen! Wir treten daselbst immer in der Rolle eines Bären auf, den die Deutschen zu ihrer Belustigung an der Kette herumführen. Sie kommandieren, ziehen und stoßen ihn, und der geduldige Bär springt, wie man ihm aufspielt — der deutsche Sieger schwingt über dem Haupte des Bären den eisernen Stab. **Welch ein schändliches Bild!**

Werden denn die Polen ewig diese Bären sein? Werden sie denn ewig diese ihre Erde mit ihrem Schweisse und Blute besetzen, die alsdann für Gold ein anderer nimmt? Werden denn die Polen ewig die Diener und Unfreiwilligen, die Streu des germanischen Stammes sein?

Aus Nr. 36 der Pokraka (Posen)
vom 8. September 1907:

Posen.
Frau W. von der Grabenstraße, eine bekannte gute Polin, besucht mit ihrem Töchterchen die Läden von Lockenträgern und Deutschen. Fürwahr ein wahrhafter Skandal!

Ein gewisser Pflastertreter P. hat sein Mündel statt in ein polnisches Geschäft in den Laden eines jüdischen Schlachzizen-Schuhmachers nach Schuhen geführt, obgleich er in der Nähe auch ein polnisches Geschäft hatte.

Gräß.
Die noch wenig bewußt gewordenen Herren Cz. und W. kaufen alle Konfekte in jüdischen Läden.

Schweren.
Frau M. P. kauft, obgleich sie ihre Existenz nur Polen zu verdanken hat, die Stoffe zu Anzügen nur bei Krummnasen. Also Besserung, damit nicht Gleiches mit Gleichem vergolten werde.

Recklinghausen = Süd.
Eine bekannte junge Ehefrau, die Gattin eines Sofols aus Herne, meidet, wie schon mehrere Male wahrgenommen wurde, die polnischen Geschäfte und kauft bei Juden und Deutschen. Ebenso handelt ihre Mama. Merkwürdig, daß eine junge Frau keine Liebe zu polnischen Läden gewonnen hat, obgleich sie in solchen längere Zeit als Verkäuferin gearbeitet hat.

Aus West- und Ostpreußen

Aus Nr. 209 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 11. September 1907:

Nach dem Schulstreik,

der durch die kreuzritterliche Faust des Preußen unterdrückt worden ist, herrscht unter uns überall Ruhe und Schweigen. Das ist ein schlechtes Zeichen! Hat sich in unsere Reihen Verzweiflung eingeschlichen, daß wir die Hände verschränken und untätig zusehen, wie der Preuze in seiner Weise wirtschaftet?

Uns steht es jedoch nicht an, uns der Verzweiflung hinzugeben und in Untätigkeit zu versinken! Wir müssen handeln, wenn wir nicht untergehen wollen, wir müssen an den Sieg unserer heiligen Sache glauben.

Der Schulstreik nahm solchen Verlauf, wie wir ihn gewünscht, aber er hatte den einen guten Erfolg, daß er breite Schichten unserer Volksgesamtheit aufgerüttelt und in ihnen Teilnahme für die Schulangelegenheiten erweckt hat.

Es stünde schlimm um uns, wenn wir nicht Gebrauch zu machen verstünden von dem Interesse, welches die Allgemeinheit der Erziehung unserer Kinder entgegenbringt.

Um die Kinder handelte es sich beim Schulstreik, daher müssen wir uns auch mit der Frage der Kindererziehung im weitesten Umfange befassen.

Zu diesem Zweck sind Volksversammlungen notwendig, wenn schon nicht in jeder Gemeinde, so doch wenigstens in jeder Parochie. Einberufen müssen sie unsere politischen Organisationen: der „Wahlverein“, der „Berein Straz“, der „Versammlungsverein“ und jeder dazu berufene Privatmann, welcher der nationalen Sache einen Dienst erweisen will.

In den Volksversammlungen müßte zur **Selbsthilfe** aufgefordert werden, denn heut ist nur das Elternhaus imstande, das zu ergänzen, womit die Schule den polnischen Kindern gegenüber fargt.

Ebenso müßten in den Volksversammlungen Beiträge gesammelt werden, damit man eine möglichst große Zahl Fabeln ankaufen und dafür sorgen könnte, daß jedes polnische Kind besäße.

Das ist die erste Bedingung für einen Erfolg der ganzen Tätigkeit, um die es sich hierbei handelt.

Infolgedessen erinnern wir daran, daß der „Versammlungsverein“ Spenden zum Ankauf von Fabeln sammelt; jeder, auch der geringste Beitrag kann gesandt werden an die Adresse: Polharp Marjzewski, Thorn, Brückenstraße 4.

In letzter Zeit hat die Opferwilligkeit für einen so erhabenen Zweck fast völlig nachgelassen, was man bedauern muß, denn die Verbreitung von Fabeln ist heute vielleicht die wichtigste nationale Arbeit.

Wenn wir uns heute der Erfüllung dieser Pflicht entziehen werden, so wird sich dies schon in nicht ferner Zukunft an uns furchtbar rächen: unsere wißbegierigen Kinder werden, wenn sie nicht polnisch lesen können, zu einer deutschen Zeitung greifen und ihre Herzen mit preußischem Geist vollends vergiften. Das aber käme dem nationalen Tode völlig gleich.

Wir hoffen, daß unsere Worte alle Landsleute zur Tat anfeuern werden, denen die Zukunft unserer Sache nicht gleichgültig ist.

Es wäre auch angebracht, in jeder Versammlung eine Art lokale Organisation ins Leben zu rufen, die ständig darüber wachen würde, daß die Kinder der betreffenden Gemeinde mit Fabeln, Katechismen, mit Werken der polnischen Geschichte usw. versehen wären.

In diesen Versammlungen könnte natürlich die Frage der Enteignung der Polen, die Aenderung des

Landtagswahlrechts besprochen werden; erwünscht wären auch parlamentarische Berichte unserer Landtags- und Reichstagsabgeordneten.

Das alles ließe sich verbinden und in jeder Versammlung besprechen. Eine solche Volksversammlung wäre interessant und nützlich.

Wir fordern also sowohl unsere Organisationen, als auch alle Leute guten Willens zur Tat auf.

Aus Nr. 107 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 3. September 1907:

Aus einer **polnischen Parochie bei Allenstein** wird der Gazeta Olsztyńska unter dem 31. August 1907 u. a. geschrieben:

Als der Herr Bischof mit dem Wagen vor dem Kirchengarten hielt, erwartete schon gewöhnlich die ganze feierlich gekleidete Parochialbevölkerung den Würdenträger. Und am Kirchengartentor empfing der Herr Propst und auch der Herr Kaplan den Gast mit dem üblichen Zeremoniell, und unter Glockengeläute mit Musik und dem Liede „Witaj Królowa“ (Gegrüßtest seist du Königin) wurde der Herr Bischof in die Kirche geleitet. Nach dem Abzingen der üblichen Responsorien sprach der Herr Bischof zum versammelten Volke in polnischer Sprache über den Zweck seiner Reise, und in seiner Ansprache wendete er sich zu den Kindern, die er über das Sakrament der Firmung belehrte. Nach der polnischen Ansprache folgte unmittelbar dieselbe Ansprache in deutscher Sprache. Manche verlassen die Kirche nach der polnischen Ansprache.

Frage: Könnte man hier nicht sagen: diejenigen, die die polnische Ansprache verstanden haben, mögen hinausgehen, und die sie nicht verstanden haben, mögen bleiben? Schon damit würde man die „Kaninchen von den Häschen“ absondern, und es würde sich an den Fingern einer Hand und wenn auch an zwei Händen abzählen lassen, wie viel Deutsche es in der Parochie gibt, die Polnisch nicht verstehen. Aber hier handelt es sich wohl eben darum, daß die Polen Deutsch lernen! Doch meiner Meinung nach ruft das Anhören der Ansprache in zwei Sprachen nur eine Begriffsverwirrung bei den Zuhörern hervor.

Nach Beendigung der Ansprachen und Zeremonien wurde der Würdenträger unter einem Baldachin mit Musik und dem Liede „Kto się w opiekę“ (Wer sich im Schutz) nach der Propstei geführt.

Das Volk geht auseinander. — Bald sammeln sich Kirchenjänger, die Musik und das Volk, vor der Propstei an — und auch einige „arbatyverajnistow“ — polnische Bauern — mit der Fahne. Die Sänger sangen unter Musikbegleitung ein polnisches Begrüßungslied zu Ehren des Herrn Bischofs. Darauf sagte er deutsch: „**Meine lieben Kinderchen** usw.“ — Nach dem Absingen eines polnischen Liedes — „**meine Kinderchen**“ — das ist wirklich ein merkwürdiger Kontrast! Nach der deutschen Ansprache auf den „arbatyverajnistow“ hielt der Herr Bischof eine polnische Ansprache, indem er belehrte, wie man leben und Gott dienen müsse, und den Segen verteilte. Darauf folgte das Abbrennen eines Feuerwerks.

Am zweiten Tage findet in der Kirche eine Predigt oder eine Belehrung über die Firmung statt. Kurz in polnischer Sprache, und länger in deutscher Sprache durch den Herrn Kaplan. Nach der heiligen Firmung hielt der Herr Bischof wieder eine polnische und dann eine deutsche Ansprache und erteilte den Gefirmten den Segen.

Am folgenden Tage stellten sich nach der heiligen Messe alle Lehrer mit den Schülern und prüften sie

in der Kirche im Religionsunterricht, doch nur in deutscher Sprache unter der Aufsicht des Herrn Bischofs, der am Schluß seine Bemerkungen machte. Doch wenn der Herr Bischof dieselben Fragen in anderen Worten gestellt hätte, dann würden ihn die Kinder nicht verstanden haben.

Jemand sagte, daß jetzt aus den polnischen Kindern selbstsprechende und selbstspielende Automaten gemacht würden, die das wiederholten, worauf sie gestellt wären. Diese Meinung ist sehr wahr.

Die merkwürdigste und ungereimteste Sache ist, daß zu den polnischen Kindern immer und überall — sogar in der Kirche — gewöhnlich Gelehrte sprechen wie zu Ausländern, d. h. in fremder Sprache.

Wir beten für gewöhnlich in Kirchen: „Kommi Heiliger Geist . . . erleuchte die Herzen der an dich Glaubenden . . . der du durch die Sprachenverschiedenheit alle Völker zur Glaubenseinheit geführt hast . . .“ Doch die polnische Sprache soll hier von der Glaubenseinheit durchaus verdrängt werden. Hat es so der Geist Gottes geheißen!?

Aus Nr. 205 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 7. September 1907:

Die Angelegenheit des „Mazur“.

P o s e n , den 6. September 1907.

Die Erklärung des Verlegers des „Mazur“, Herrn Falkenberg, daß er die Brücke, die ihn mit den polnischen nationalen Kreisen verbindet, abbricht und ins preußische Lager übergeht, hat unsere öffentliche Meinung auf das lebhafteste aufgerührt und in der Presse die verschiedensten Kommentare hervorgerufen. Wir haben bisher absichtlich nur einen referierenden Standpunkt eingenommen. Wir haben das aber nicht aus Rücksicht auf diejenigen Faktoren getan, die tatsächlich oder angeblich daran schuld sind, was geschehen ist. Sobald es sich aber um eine öffentliche Sache handelt, kann man sich von solchen Rücksichten nicht leiten lassen. Auch ganz unabhängig von der Frage, ob sich jene Faktoren zum Teil zu unseren politischen Freunden zählen oder nicht, haben wir uns vorläufig unseres Urteils enthalten, um vor allen Dingen den Sachverhalt möglichst gut zu erforschen und die Angelegenheit möglichst objektiv zu beurteilen.

Charakteristisch ist nämlich, daß es in dieser äußerst unangenehmen Angelegenheit schwer ist, der Sache auf den Grund zu gehen: einer beschuldigt den anderen, und der andere wieder einen anderen, während wir zu der Überzeugung gekommen sind, daß diese Katastrophe durch eine ganze Reihe von Fehlern verursacht worden ist, und daß fast alle in der Mazur-Angelegenheit engagierten Faktoren — sowohl den früheren Redakteur des Mazur als das masurische Komitee und endlich Herrn Falkenberg — mehr oder weniger die Schuld trifft. Es kommt uns nicht darauf an, uns über die Schuldigen zu beklagen, denn das nützt weder der Sache etwas, noch entspricht es unserem Geschmaack und Beruf. Es geht uns vielmehr darum, daß die Volksversammlung die Wahrheit erfahre —, und zwar deshalb, weil es eine öffentliche Angelegenheit ist, und damit die Volksversammlung aus dieser unangenehmen Wahrheit praktische Konsequenzen für die Zukunft ziehe. Denn es wäre wohl an der Zeit, die Reihe dieser Art durch unsere eigene Unerfahrenheit und Unvorsichtigkeit herbeigeführten Mißerfolge zu schließen.

Wir erinnern an die Angelegenheit des Gornoslonzak, wobei wir nicht die politische Seite, sondern den Verlag im Sinne haben. Leichtsinigkeit und der

Mangel an praktischem Sinn haben das aus dem Gelde des obereschlesischen Volkes entstandene Blatt an den Rand des Abgrundes gebracht, vor dem ihn der Katolik gerettet hat. Das ist wenigstens ohne Skandal abgegangen, denn im kritischen Augenblick bestand zwischen diesen beiden Blättern keine grundsätzliche Verschiedenheit mehr.

Wir erinnern ferner an die Angelegenheit des Dortmunder Dziennik Polski, der ebenfalls aus idealen Beweggründen gegründet worden ist, um dem politischen Partikularismus des Auswanderertums entgegenzuwirken. Man hat dem Dziennik Polski zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet, Tausende gingen verloren und die ganze Aktion endete mit der Einstellung der Herausgabe.

Gegenwärtig handelt es sich um den „Mazur“. Zur Katastrophe des „Mazur“ hat, wie wir schon erwähnt haben, eine ganze Reihe von Fehlern beigetragen, die wir selbstverständlich hier nicht im einzelnen aufzählen können. Wir begnügen uns mit der Kennzeichnung der Hauptzüge dieser Angelegenheit. Die Redaktion des „Mazur“ erwies sich als unerfahren. Im Verhältnis zum „Goniec Mazurski“, der sich schnell mit farbigen nationalen Federn schmückte, aber noch schneller den Akt geschlossen hatte, ist der „Mazur“ in politischer Beziehung mit anerkannter Mäßigung redigiert worden. Dagegen bot der Informationsstil, der in jeder Tageszeitung und gar erst in einem solchen „Mazur“ die Hauptrolle spielt, dem masurischen Volke überhaupt keinen Anziehungspunkt. In dieser Beziehung stimmen wir den weiter unten angeführten Bemerkungen der Korrespondenz des „Pielgrzym“ vollkommen zu, mit der wir uns übrigens nicht in allen Punkten einverstanden erklären. Beweglichkeit und Vorsicht ist weder im Blatte selbst noch bei der Agitation für das Blatt zutage getreten. Dazu kam die fatale Beteiligung an den Reichstagswahlen, die den „Mazur“ kompromittiert und auf diese Weise seine Position noch mehr geschwächt hat. Genug, der „Mazur“ machte nicht die geringsten Fortschritte.

Man muß der Redaktion jedoch mildernde Umstände zubilligen, wenn man berücksichtigt, daß die Redaktion von einem einzigen jungen Menschen gebildet wurde. Er stand allein, wie ein Pfahl, in außerordentlich schwierigen Verhältnissen, inmitten einer Umgebung, die ihm keine geistige Nahrung bieten konnte, an der er keine Hilfe und Unterstützung fand. Andererseits konnte der schmale Fonds, über den der „Mazur“ disponierte, zu einer lebhaften, weitverzweigten Agitation nicht beitragen, die fast auf jedem Schritte in ihrer Bewegungsfreiheit behindert war.

Das masurische Komitee hatte allzuviel Hoffnungen auf die Gewandtheit und Energie des jungen Redakteurs gesetzt. Und schon damit hatte das Komitee gleich zu Anfang einen Fehler begangen. Auf den Schultern eines einzigen jungen, also naturgemäß unerfahrenen Menschen hat man das Gebäude der masurischen Aktion gestützt. Es wurde alles auf eine Karte gesetzt. Die Hoffnungen erfüllten sich nicht, man verpielte das Spiel, das Gebäude stürzte zusammen. Das Spiel war schon sicher vor der Flucht des Redakteurs verloren gewesen, die er aus Furcht vor einer Reihe von Prozessen beging. Von dem Verlorensein des Spiels war damals am meisten der Redakteur des Mazur selbst überzeugt.

Diese Aktion hätte mit größerem Kritizismus und mit größerer Vorsicht begonnen werden müssen. Entweder hätte man an die Arbeit mit einem genügenden Vorrat an intellektuellen und materiellen Kräften herangehen müssen, oder gar nicht bezw. später. Wir wissen, daß die vorsichtigen Komiteemitglieder die Frage so

gestellt hatten, doch leider ist sie von einer Seite*) forciert worden, deren Alter und Erfahrung eine andere Taktik hätte diktieren müssen.

Sobald es nun aber geschehen war, sobald die Position in Ortelsburg so schwach war, hätte man in Posen um so wachsammer sein müssen. Sobald man den Mangel an Elastizität und Energie beim Redakteur erkannte, hätte man im masurischen Komitee so viel Elastizität und Energie zeigen müssen, wie nur möglich. Indessen hat das Komitee ebenfalls durch Mangel an Gewandtheit gesündigt. Einer hat sich auf den anderen verlassen; es fehlte die erforderliche Initiative und eine genügende Kontrolle dessen, was in Ortelsburg passierte.

Wir wiederholen, daß wir das nicht schreiben, um uns zu beklagen —, um so mehr, als namentlich die anormalen sozialen Verhältnisse die Schuld daran tragen. Wir meinen die Erscheinung, daß unsere sozialen Arbeiten auf den Schultern ein und derselben Personen ruhen, deren Zeit und Kraft dazu nicht ausreichen kann. Wenn es sich um die Erteilung „wertvoller Ratsschläge und Fingerzeige“ handelt, dann fühlt sich eine Legion dazu berufen —, aber dort, wo es sich um eine tagtägliche Arbeit, namentlich um eine solche Arbeit handelt, die im Schatten bleibt und keinen Lorbeerfranz erringt, dort kann man überall und immer dieselbe Handvoll bereitwilliger Leute sehen. Wir haben schon einigemal darauf hingewiesen. Und heute sprechen wir wiederum die Besorgnis aus, daß die mangelnde Einteilung der sozialen Arbeit uns noch manche unangenehme Überraschung bringen wird.

Von einer Seite ist der Vorwurf erhoben worden, daß die parteiische Verbissenheit daran schuld sei. Es ist wirklich schwer, dieses Argument zu begreifen. In der masurischen Angelegenheit konnte man sich von parteiischen Rücksichten nicht nur nicht leiten lassen, sondern im Gegenteil, man vermied in zielbewußter Weise, dem „Mazur“ einen ausdrücklich polnischnationalen Charakter zu geben. Durch die Vorpiegelung nicht bestehender Sachen wird die Angelegenheit weder aufgeklärt, noch werden ihre Ursachen ermittelt. Diese Ursachen muß man nicht in der hier unverständlichen „Parteilichkeit“ suchen, sondern in dem Mangel an Köpfen und Händen zur Arbeit.

Unserer Meinung nach wären mindestens zwei Personen im Komitee erforderlich gewesen, die — frei von allen anderen sozialen Arbeiten — Tag für Tag über die masurische Aktion nachgedacht, die Redaktion kontrolliert und durch Vergleich ihrer Tätigkeit mit der Arbeit einer solchen Allenssteiner Zeitung der Redaktion mit Fingerzeigen und Ratsschlägen usw. gedient hätten.

Eine Rührigkeit war vor allem mit dem Augenblicke erforderlich, als der Redakteur über die Grenze entwich. Nach dem Bekanntwerden dieser Tatsache hätte sich das Komitee überzeugen müssen, daß mit Glückswert kein Erfolg erzielt werden könne, es hätte entweder die Redaktion des Mazur reorganisieren, oder aber — sobald es möglich war — sein Erscheinen einstellen müssen. Zu diesem Zwecke hätte man sich mit dem Verleger geschickt auseinanderzusetzen müssen, und im schlimmsten Falle einige Hundert Mark nicht sparen sollen, um nur den Skandal zu vermeiden, daß eine für polnisches Geld gegründete Zeitung ins deutsche Lager übergeht.

Hinsichtlich des Arrangeurs des tragischen Finales, Herrn Falkenberg, glauben wir nichts erklären zu brauchen.

Zum Schluß bemerken wir, daß — soweit unsere Information reicht — sich das Komitee bemüht,

dieser gegenwärtig unerträglichen Situation ein Ende zu bereiten. In welchem Maße es ihm gelingen wird, wollen wir nicht voreilig beurteilen.

Aus Nr. 70 des Mazur (Ortelsburg)

vom 11. September 1907:

In der masurischen Angelegenheit.

Der Artikel in Nr. 65 des Mazur hat, wie wir schon mitgeteilt haben, die ganze polnische Presse sowohl im Lande wie im Auslande aufgerüttelt und sie hat sich nicht mit sehr lobenden Worten über diese Angelegenheit ausgelassen. Sie nennen mich Verräter, weil ich die geheime Arbeit unter euch, liebe Masuren, aufgedeckt habe. Am meisten hat davon ein Kenner der masurischen Verhältnisse aus Krakau geschrieben, indem er seinem Herzen freien Lauf ließ; es wird dies unzweifelhaft derjenige sein, der aus Ortelsburg ausgerückt ist. Ich ärgere mich nicht über die polnischen Zeitungen; den Titel Verräter sehe ich als einen Ehrentitel an, um so mehr, als ich noch zur rechten Zeit meinen lieben masurischen Brüdern die Augen geöffnet habe. Und daß ich im Sinne meiner Leser geschrieben habe, beweisen die sich täglich bei mir meldenden neuen Abonnenten.

Wozu diese **großpolnische Agitation** unter euch führen sollte, das lesen wir in einer Nummer des Dziennik Poznański. Da steht u. a.: **Fast die ganze polnische Nation hat gleichgültig mit angesehen, was in Masuren passierte, wie sich das arme masurische Volk germanisierte und lutheranisierte!!**

Hier, liebe Brüder, haben wir den klaren Beweis dafür, welchen Zweck die ganze **großpolnische Arbeit in Masuren** verfolgt. Um diesen Zweck zu erreichen, sind verschiedene Mittel versucht worden. Die erste und Hauptarbeit war die Gründung einer Zeitung, durch welche man euch allmählich von eurem Vaterlande und von eurem lieben und teuren Kaiser absondern wollte; und der frühere Redakteur und Posener Sendling hat zu diesem Zwecke ein großes Opfer gebracht, indem er sich mit einer evangelischen Masurin verheiratet hat. Wie sie später eine wirkliche Polin geworden ist, ist Nebensache; in den Augen der Masuren sollte der Leiter des Mazur ein **Evangelischer** sein. Aber auch das hat wenig geholfen. Denn das masurische Volk hat diese falschen Freunde erkannt, und die Bemühungen, einen größeren Leserkreis zu gewinnen, haben nichts genützt.

Jetzt hat sich alles geändert. Jeden Tag melden sich neue Abonnenten, jeden Tag erhalte ich Briefe, in denen die Bitte ausgesprochen wird, mehr über den **Zweck der großpolnischen Arbeit in Masuren** zu schreiben, um sich vor dieser **großpolnischen Gefahr** sichern zu können.

Ich werde euch liebe Brüder, heute meine Überzeugung sagen. Die wirkliche Kultur und Bildung verbreitet die deutsche Regierung und ihr Kaiser besser und mehr unter euch, als die Polen es je imstande gewesen wären. Sie wollen euch nur von eurem Vaterlande und von eurem Kaiser absondern und euch auf ihre Seite zu den **großpolnischen Idealen** herüberziehen. Sie müssen selbst zugeben, daß sie es unter der Herrschaft des preussischen Königs viel besser haben, als in dem heruntergekommenen früheren polnischen Königreich. In preussischen Schulen sind sie gebildet, im preussischen Lande leben sie frei, und doch können sie ihr früheres Königreich nicht vergessen, und sie bemühen sich mit aller Kraft, das **Königreich Polen wieder aufzubauen**.

*) Damit scheint Herr von Roscielski gemeint zu sein.
Anm. d. Red.

Ein Mittel hierzu ist der Aufkauf von Grund und Boden von denjenigen Deutschen, denen Geld mehr ist, wie das Vaterland. Solch ein großpolnischer Gutsbesitzer sorgt dafür, daß die bei ihm arbeitenden Leute polnischer Nationalität werden; diejenigen aber, die darauf nicht eingehen wollen, werden entlassen, und ihre Stellen werden mit anderen polnischen Arbeitern besetzt. Auf diese Weise ist schon ein polnisches Dorf geschaffen worden in einer Gegend, wo man niemals ein polnisches Wort gehört hat. So wie sie in Oberschlesien und in Westpreußen das Volk betört haben, so wollen sie auch euch, liebe Brüder, betören. Diesen Zweck verfolgte der Mazur auch. Sein früherer Leiter und Redakteur Zielinski hat immer, wenn ein deutscher Rektor oder Beamter etwas Ungehöriges begangen hat, lange Artikel darüber geschrieben, und er hat immer gesagt: das ist deutsche Arbeit, das ist deutsche Kultur. Er hat nur die polnische Bildung gelobt; das, was die preussische Regierung und der preussische König für euch getan haben, hat er gänzlich verschwiegen.

Traurig, sehr traurig wäre es, wenn das polnische Königreich noch einmal entstehen sollte. Dort herrschte nämlich die Leibeigenschaft; der arme Mann mußte schwer arbeiten, und über ihm stand der Wirtschaftsinспекtor, der jeden mit der Kaute wegen der geringsten Übertretung derart schlug, daß das Blut floß; das Vieh hatte einen größeren Wert, als der Mensch. Diese großen Herren verpraßten das aus menschlichem Blut herausgepreßte Geld in den großen Städten Frankreichs und Italiens, und es ist kein Wunder, wenn die Gutsbesitzer noch einmal solche Zeiten herbeiwünschen.

Vor der Schlacht bei Tannenberg blühten unter der Herrschaft des Kreuzritterordens 19 000 Dörfer nur in Westpreußen allein, deren Bewohner in Ruhe lebten und ihre Arbeiten verrichteten. Nach der Schlacht bei Tannenberg aber geriet dieses Land unter die Herrschaft der polnischen Könige. Sie verbürgten ihrem deutschen Volke Freiheit der Glaubensbekenntnisse. Aber was geschah? Von diesen 19 000 Dörfern blieben kaum 6000 übrig, denn 13 000 verbrannten und vernichteten die Polen, nahmen den Evangelischen die Kirchen weg und gaben sie gleichzeitig den katholischen Gemeinden. Wehe dem, der sich erdreistete, die polnische Regierung an die gegebenen Versprechungen zu erinnern, denn er mußte diesen Mut mit seinem Leben büßen.

So sah die polnische Kultur aus, und kein verständiger Mensch wird solche Zeiten wieder zurückwünschen, wenn er in Erwägung zieht, was die preussische Regierung und die preussischen Könige für euch getan. Sie vernichteten die Dörfer und Kirchen nicht, sondern bauten welche. Sie geben Lehrer und Geistliche, die euch lehren und Aufklärung verbreiten; sie bauen Chaussees und Eisenbahnen, damit ihr euren Roggen oder eure Kartoffeln in die Stadt bringen und dort um einen höheren Preis verkaufen könnt, als euch die Händler in euren Dörfern zahlen.

Seid also vorsichtig und höret nicht auf diese **großpolnischen falschen Propheten**. Sie sind nur in Worten verschwenderisch, wenn aber die Zeit kommen wird, Taten zu zeigen, werden sie zurücktreten, wie sie es mit mir getan.

O wie schön ist dies Masurenland.
In ihm grünt der schönste Hain.
Wiesen, Felder, Wälder, Gärten
In diesem wunderschönen Lande sich befinden stets.

Feiertags, Sonntags, wenn die Glocke ruft,
Gehst in die Kirche das Volk von allen Seiten,

Predigten hört es gern, spricht das Vater unser.
So segnet es Gott jederzeit.

Des Kaisers und Königs, ein kluger Mensch weiß es,
Freut sich das ganze Masurenvolf,
Denn er ist ein Monarch, der keinen Hader will,
Sondern vielmehr den Frieden liebt, den er wohlwill.

Das ganze Kaiserhaus will im Frieden leben
Und das Volk beglücken und sich mit ihm freuen.
Möge es Gott der Allmächtige segnen
Und unser Land vor Schrecknissen bewahren.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 209 des Dziennik Slaski (Benthen D. S.)
vom 12. September 1907:

Zu dem Prozeß der ruthenischen Studenten

macht Napieralskis Leiborgan nachstehende Bemerkungen:

So hat ein deutsches Gericht in dieser schändlichen Angelegenheit das Urteil gefällt, und es ist gut geschehen, daß dieser Prozeß an ein deutsches Gericht überwiesen wurde, denn jetzt wird niemand sagen können, daß das Urteil irgendwelche polnische Antipathien gegen die Polen beeinflusst hätten. Das Urteil selbst ist mild. Ob das Ergebnis dieses Prozesses auf die erregten ruthenischen Gemüter beruhigend einwirken wird, ist schwer vorauszusagen, man darf vielmehr annehmen, daß sich die Nationalitätenkämpfe in Galizien noch verschärfen werden, daß die unter den Ruthenen herrschende Unzufriedenheit weitergären und das friedliche Nebeneinanderleben der beiden Brudernationen weiter beunruhigen wird.

Es wäre zu wünschen, daß ruhige und gemäßigte Männer auf beiden Seiten Mühe und Sorge daranwendeten, diesen für beide Seiten nachteiligen Zwist beizulegen, beide Nationen zu ruhigem Nebeneinanderleben zu führen, die dazu verurteilt sind, auf einer heimatischen Scholle zu leben und gemeinsam zu arbeiten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Leute, die aus dem Nationalitätenhader in Galizien Vorteile ziehen, ihre Hezarbeit nicht einstellen werden. Sache der Ruthenen aber ist es, die falschen Freunde zu erkennen und zu verstehen, daß sie dadurch, daß sie im Lande den Frieden stören und Haß säen, nicht zu ihrem Vorteil, sondern zu ihrem eigenen Schaden und zum Vorteil des nach Preußen hinneigenden Teils des österreichischen Deutschthums, und damit auch zum Schaden des österreichischen Staats, wie zum Schaden des ganzen österreichischen Slaventhums arbeiten.

Den Ruthenen, die mit dem polnischen Regiment in Galizien so unzufrieden sind, wo sie doch alle Rechte und Gerechtigkeit, Schulen und Gymnasien haben und Ämter bekleiden, möchten wir beinahe wünschen, daß sie — wenigstens auf kurze Zeit — nähere Bekanntschaft mit dem Regiment der ihnen befreundeten Preußen machten; sie würden sich sicherlich nach den polnischen Töpfen sehnen, in welchen eine für den slawischen Gaumen schmackhaftere Speise zubereitet wird.

Zum Schluß können wir nicht einen Artikel der allpolnischen Schülerzeitung Teka unerwähnt lassen, der nach dem Bericht der Schles. Ztg. während des Prozesses verlesen wurde. Dieses Blatt schreibt — so versichert die Schles. Ztg. — was folgt: „Mögen die Polen in Österreich, Preußen und Rußland in großer Zahl ins Heer eintreten und Offiziere werden, damit sie, wenn der Zeitpunkt der Wiedererrichtung des großen polnischen Staates herankommt, die Armee mit revolutionärem Geiste erfüllen könnten.“

Der *Slowo Polski* aber soll — ebenfalls nach dem Bericht der *Schles. Ztg.* — geschrieben haben, dies wäre weder Treulosigkeit, noch Verrat, sonst müßten alle polnischen Beamten, Offiziere und Gendarmen, die den Eid der Treue geleistet, als Verräter gelten, denn sie hätten das gleiche Ideal.

Solche Dinge zu schreiben, ist nicht nur eine Schuftigkeit, sondern die größte Dummheit. Jeder ehrliche Pole wird solche Ratschläge mit Abscheu zurückweisen. Wenn diese Blätter so geschrieben haben, wie soll man sich dann z. B. über die preußische Regierung wundern, daß sie den polnischen Beamten usw. kein Vertrauen schenkt, sofern sich Blätter finden, die sie zum Verrat überreden oder ganz offenbaren Verrat als etwas Natürliches hinstellen. Wie können wir in Preußen z. B. die Zulassung zu den Ämtern fordern, wenn uns unsere Gegner so gemeine polnische Artikel vorhalten können?!
Trotzdem fordern wir Gleichberechtigung, denn die große Mehrheit der polnischen Nation hat mit solchen Artikeln nichts gemein, und wenn sie jemals geschrieben waren, so schämt sie sich ihrer und stellt sie feierlichst in Abrede als Elaborate gewissenloser Menschen, die im Rassenhaß ihren polnischen Charakter eingebüßt haben, dessen Hauptmerkmal Treue und Ehrgefühl sind.

Wir fordern von den Regierungen, unter denen wir leben, Vertrauen, und wir werden das Vertrauen nicht täuschen. Gerade das Mißtrauen, das uns die Amerikeregierungen entgegenbringen, schadet uns nicht nur, sondern beleidigt uns aufs tiefste als Menschen, Polen und Christen. Und nicht nur das. Dieser Mangel an Vertrauen beeinflußt den Charakter manches Polen ungünstig. Trotzdem treiben die Polen in Deutschland, Österreich und Rußland keine Spionage. Damit befaßten sich geborene Deutsche und Russen.

Aus Nr. 106 des *Polak* (Rattowiz)
vom 7. September 1907:

Ein Sakatistenfest in Rybnik.

Die sakatistischen Gruppen in Rybnik, Bschow, Radoschau und Birtultau veranstalteten verslossenen Sonntag ein Fest, während dessen u. a. Dr. Zander und General von Paczensky Reden hielten. Fast jedes Wort, das dort fiel, war politisch, und trotzdem erklärte Dr. Zander, daß, wie der Ostmarkenverein kein politischer Verein ist, auch dieses Fest keine politische Feier sei. Die Sakatisten wollten nur dem Kaiser behilflich sein, daß das Vaterland nicht einen Fingerbreit Land einbüße, rief hochmütig Dr. Zander. An uns Polen, deren „Schnabel“ (ein Ausdruck Zanders) den Lauten der deutschen Sprache nicht angepaßt sei, richtete dieser Sakatist folgende in wahrhaft preußischem Tone ausgesprochene Forderung: „Fürchtet Gott, ehrt den König, liebt das Vaterland!“ Wirklich interessant ist dieser Sakatist. Er heißt uns das Vaterland lieben, das Vaterland, das unserer Schmerzen spottet und unsere Rechte mit Füßen tritt. Was die Gottesfurcht anbetrifft, so hätte Herr Zander besser getan, wenn er über dieses Thema den Sakatisten eine Predigt gehalten hätte, die in ihren Herzen keinen Funken Nächstenliebe haben, denn sie fordern, daß die Polen dem Hungertode preisgegeben würden. Wenn Herr Zander auf die Notwendigkeit der Gottesfurcht so großes Gewicht legt, so hätte er die Sakatisten an die Worte Christi erinnern sollen: Wenn jemand sagt, er liebe Gott und hasse seinen Bruder, der ist ein Lügner.

Herr Paczensky tat in seiner Rede der Schläge Erwähnung, welche die Preußen von Napoleon am Anfange des verslossenen Jahrhunderts erhalten hätten, aber zugleich sprach er übermütig das stolze Wort aus,

die Deutschen befänden sich in einer Lage, daß sie solche Schläge nicht mehr zu fürchten brauchten. Der Herr General pries ferner die große Entwicklung der deutschen Kultur. Die preußische Kultur hatte er wohl nicht im Sinn, denn von dieser können sogar die Deutschen selbst ein trauriges Liedchen singen. Die Kundgebungen dieser angeblichen Kultur in unserem polnischen Lande: Die Verdrängung der polnischen Sprache aus den Schulen, Behörden und aus allen öffentlichen Einrichtungen, die Breschener Affäre, der Schulstreik, die Ansiedelung, der Wagen Drzhmalas, Zehntausende von Sklaven des industriellen Kapitalismus, Tausende von Krüppeln, Opfern der Ausbeutung, schreckliches Elend in Tausenden von Familien, deren Väter bei emsiger Arbeit den preußischen Kapitalisten Gesundheit und Kraft opferten, jetzt aber in Ermangelung eines Stücks des unentbehrlichen Brots Selbstmord begehen, das unter der Last der bis zum äußersten geschraubten Steuern seufzende Volk, das alles berechtigt zu einer Bezeichnung, mit der die Kultur nichts gemein hat. Herr Paczensky will uns angeblich auf Grund der Geschichte überzeugen, daß die Polen auf Schlesien kein Recht haben. Es stünde ihm besser an, wenn er uns dies auf Grund der preußischen Faust beweisen wollte, denn die Geschichte lehrt das gerade Gegenteil. Unparteiische Untersuchungen haben ergeben, daß unsere Vorfahren schon mehrere Jahrhunderte vor unserer staatlichen Geschichte das schlesische Land bewohnten. Waren die Glogauer, die ihre Kinder zur Verteidigung ihrer Stadt den Deutschen opferten, ebenfalls Deutsche? Daß aber Schlesien durch Jahrhunderte zu Polen gehörte — später beherrschten es polnische Fürsten, deren vordische Nachkommen die Germanisierung des Landes in Angriff nahmen — das wird wohl Paczensky selbst nicht in Abrede stellen, denn diese Geschichte ist zu klar. Das beste Zeugnis für das Polentum des schlesischen Landes ist das polnische Volk, das bis heute auf einem bedeutenden Ländergebiet seine Nationalität bewahrt hat. Von diesem Volke und nicht von dem Wunsche Paczenskys wird es auch abhängen, ob das schlesische Land polnisch bleiben oder im deutschen Meere untergehen wird. Dieses Volk aber erwacht zum nationalen Leben, es klärt sich hinsichtlich seiner Rassenverschiedenheit auf. Dieses Volk wird die polnische Seele und den polnischen Charakter des schlesischen Landes bewahren, das mit dem Blut und Schweiß seiner polnischen Vorfahren getränkt und mit deren Staub vermischt ist.

Aus Nr. 193 des *Głos Śląski* (Gleiniz)
vom 23. August 1907:

Betrifft Arbeiterverhältnisse in Oberschlesien. (Korrespondenz aus Zaborze-Poremba.)

Schlecht steht es mit uns Arbeitern in Oberschlesien, besonders bei allen größeren Arbeiten, in den Hütten, Zinkhütten und Gruben, weil die Arbeiter überall von den Herren abhängig, die Herren überall obenauf sind und sich aus dem Arbeiter nicht viel oder nichts machen. Was die Herren geben, das nehmen die Arbeiter; es ist schlimm, daß der Arbeiter nichts sagen darf, obgleich man ihn manchmal beschimpft und mit Flüchen überhäuft, denn wenn er etwas einwenden wollte, dann wäre er erst recht verhaßt. Einen solchen würde man im ganzen Werk oder in der Grube bei allen schlimmsten Arbeiten verwenden, und wenn er sich nicht beschimpfen ließe und den Herren die Wahrheit sagen würde, so würde man ihn sofort mit den Papieren hinausstreifen und als „Rebellen“ verschreien, so geschieht es in Oberschlesien!

Was tut uns also not, damit wir freier werden, damit wir von den Herren mehr geachtet würden, damit wir uns gegen die ungerechten Unbilden besser verteidigen könnten? Meine aus der Erfahrung gewonnene Ansicht ist folgende: Erstens tut uns ein gutes Verständnis, gute Bildung not, damit wir wüßten, was gut und schlecht ist. Wenn uns z. B. irgend ein Arbeitgeber sagt: Ihr könnt bei eurer Arbeit noch dies und jenes machen, so sollte der Arbeiter wissen, ob dies für ihn gut oder schlecht ist; denn es kommt so häufig vor, daß du, wenn du einmal soviel zu arbeiten imstande bist, jeden Tag soviel arbeiten kannst. Darauf sollten die Arbeiter nicht hören. Oder wenn irgend ein Blatt etwas Schlechtes für die Arbeiter schreibt, so müssen die Arbeiter von dem Redakteur eine Erklärung verlangen, warum er so schreibt, denn jedes Blatt, welches auf das Wohl des Arbeiters bedacht ist, sollte für den Arbeiter gut schreiben. Wenn der Redakteur in anderen Blättern irgend eine gute oder schlechte Nachricht liest, so ist es seine Pflicht, sie in seinem Blatte für seine Leser zu veröffentlichen; ob dies politische oder geistliche Herren, oder die Arbeiter, die Religion oder den Glauben betrifft, die polnischen Blätter müssen über alles berichten. Darum bitte ich im Namen meiner Kollegen. Die polnischen Blätter haben also viel verschuldet, wenn sie nicht veröffentlichten, daß in der obereschlesiischen Knappschaft 15 Millionen Mark fehlen, wie der Gleiwitzer „Wanderer“ schrieb, und viele andere Angelegenheiten, von denen die polnischen Blätter nicht schreiben, obgleich sie den Redakteuren bekannt sind. So müssen wir Arbeiter in allen unseren Angelegenheiten handeln. Jetzt werde ich des Verbandes der gegenseitigen Hilfe in Beuthen Erwähnung tun. Wir haben zwar einen Arbeiterverband, der für uns viel tun könnte, aber wenig tun kann, weil er keine größere Mitgliederzahl hat. Aber ich frage: Wann wird er genug Mitglieder haben? Denn er besteht schon so viele Jahre und hat ihrer noch nicht genug; schon viele Jahre verfolgte ich die Arbeiter und den Verband, und so kann ich sagen, daß der Fortschritt schwer vorwärts geht, weil ihn die Arbeiter vernachlässigen, sich um ihn nicht kümmern und sagen: Was nützt der Beuthener Verband! Wir sehen, was er tut! Besser ist der Bochumer Verband. Der Beuthener Verband kümmert sich um die Arbeiter nicht, denn wenn er sich um sie und um die Arbeiterangelegenheiten mehr kümmern und mit Geld nicht kargen würde, wo es nötig ist, so würde sich der Verband auch immer mehr vergrößern. Aber wie mir scheint, ist der Beuthener Verband oder der Verbandsvorstand zu geizig, denn wo etwas zu machen ist, tut er es nicht. Die Verbandsleiter sagen immer, sie hätten keine Säle zur Abhaltung von Versammlungen, aber warum haben denn die Sozialdemokraten Säle? Sie haben solche in Zaborze, Dorotheendorf, in Poremba und der Verband kann keine erhalten, warum denn nicht? Weil er Geld spart, wo es nicht nötig ist, und darum haben die Sozialdemokraten Versammlungen, so viel sie wollen.

Ich führe noch eine Angelegenheit hier an. Im Juli hatten alle Knappschaftsvertreter in Kattowitz eine Versammlung. Dort wurde eine Verschlechterung des Knappschaftsstatuts beschlossen, und der Bochumer Verband verschaffte sich im voraus dieses verschlechterte Statut. Kurz vor der Versammlung der Knappschaftsältesten in Kattowitz berief er dann drei Versammlungen ein, in denen gegen die Verschlechterung des Statuts protestiert und das ganze neue Statut verlesen wurde. Die Leute, die an diesen Versammlungen teilnahmen, kannten also das Statut schon vorher. Was tat aber der Beuthener Verband in dieser Zeit? Nirgends hörte man etwas von ihm. Der Bochumer Verband berief Versammlungen nach Zaborze ein, der Beuthener

Verband aber saß ruhig in Beuthen. Eine so wichtige Angelegenheit wie damals die Knappschaftssache war, hätten die Herren nicht so gleichgültig behandeln sollen. Warum war dem so? Weil sich die Arbeiter zu wenig um ihr Los kümmern, wenn dann aber eine Verschlechterung kommt, so jammern sie, sich aber zu kümmern wie es sich gehört, das tun sie nicht. Als Mitglied des Verbandes der gegenseitigen Hilfe in Beuthen fordere ich die Einberufung einer größeren Zahl von Versammlungen. Wenn die Männer im Vorstand des Beuthener Verbandes nicht so viel Esprit besitzen, so bitte ich, von den Sozialdemokraten zu lernen. Dann wird der Beuthener Verband die Arbeiter besser befriedigen.

Wir Arbeiter haben schon zum Bau von Sälen für Arbeiter beigeuert, aber noch kein einziger Saal ist vorhanden. Es muß noch zu wenig Geld da sein, das weiß ich, aber der Verband müßte sich auf andere Weise helfen, denn man muß wissen, daß alles Geld, was zum Bau eines Vereinshauses mit einem Saal darin notwendig wäre, die Arbeiter nie aufbringen werden, denn hier ist der Arbeiter zu unerfahren, nachlässig; obgleich jeder etwas spenden könnte, so tut er es nicht; der Verbandsvorstand darf sich aber nicht auf die Arbeiter verlassen, bis sie Geld zum ganzen Hause aufgebracht haben werden, sondern er muß an andere Mittel denken.

Es ist richtig, daß der Beuthener Verband in Sachen des Königshütter Streiks eine Versammlung, aber nur nach Kattowitz, einberief. Versammlungen müssen dort stattfinden, wo der größte Streik ist. Ich erwähne noch eins: Jetzt pflegt es so zu geschehen, daß die Arbeiter nach Möglichkeit selbst beraten, wenn sie bei den Wahlen der Knappschaftsältesten ihre Stimme geben sollen, es wäre aber besser, wenn der Verband eine Versammlung einberiefe, in welcher man beraten könnte, daß wir dem und dem die Stimme geben sollen. Das wäre gewiß besser.

Aus Nr. 106 des Katolik (Beuthen)
vom 3. September 1907:

Für den Korrespondenten im Glos Slaski.

In Nr. 193 des Glos Slonski vom 25. August ließ sich ein Arbeiter ziemlich ausführlich über die Lage der Arbeiter in Oberschlesien aus, und man muß einräumen, daß der Anfang seiner Ausführungen sehr treffend war und der Wahrheit völlig entspricht, aber leider war der Schluß nicht so gut und verständig, wie der Anfang. Wenn ich bereit bin, den Anfang seiner Korrespondenz aus Überzeugung anzuerkennen, so kann ich dem zweiten Teil nicht beipflichten, und ich muß bemerken, daß die Ansicht des Korrespondenten irrig ist und sie niemand teilen kann, der die Verhältnisse, unter denen der Verband gegenseitiger Hilfe arbeitet, und die Widerwärtigkeiten und Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat, wohl kennt. Zunächst wirft der Korrespondent der Gl. Sl. dem Vorstande zu großen Geiz vor, weshalb sich der Verband nicht günstiger entwickle. Nach Meinung des Korrespondenten soll also der Vorstand ohne Rücksicht auf andere Bedürfnisse und Vorfälle den Verbandsfonds zum Bau von Vereinshäusern verwenden. Man sieht, er setzt seine ganze Hoffnung darauf, daß die Arbeiter dem Verbandsfonds Säle verfügen wird, nicht mehr zu Hunderten, sondern zu Tausenden zufließen werden. Aber warum — frage ich — treten sie denn z. B. in Königshütte nicht in solchen Massen dem Bergarbeiterverband bei, der einen Versammlungs-saal gemietet hat? Oder strömen denn

Bochumer Verband, von dem der Korrespondent des Gl. Sl. sagt, er habe eigene Säle und könne Versammlungen in beliebiger Zahl abhalten, die Arbeiter in so großen Scharen bei? Nicht allein das also bietet die Garantie für eine bessere Entwicklung der Organisation; es wäre höchst unvernünftig, einen allzugroßen Fonds aus der Verbandskasse zum Ankauf eigener Vereinshäuser zu verausgaben, wozu nicht Tausende, sondern Hunderttausende notwendig sind, die nicht vorhanden sind. Das ist also kein Geiz, sondern Unsicht, die uns gebietet, mit der Zukunft zu rechnen, weil wir nicht wissen, was kommen kann. Der Korrespondent bezichtigt uns des Geizes, andere aber werfen uns Verschwendung vor. Weder die einen, noch die andern haben recht. Wem soll man es recht machen? Daß der Bochumer „Verband“ in verschiedenen Orten des Industriebezirks Säle hat, weiß ich sehr wohl, weiß aber der Korrespondent des Gl. Sl., woher er die Mittel zur Bezahlung der Säle nimmt? Denkt er etwa, daß die Kosten einzig von Beiträgen der obereschlesischen Mitglieder gedeckt werden können? — Der Korrespondent irrt sich weiter, wenn er glaubt und sogar ausdrücklich sagt, der Verbandsvorstand dürfe sich nicht auf die Arbeiter verlassen, daß diese zum Bau eines Vereinshauses Beiträge leisten werden. Woher soll denn der Vorstand dieses Geld nehmen? Möge uns doch der Korrespondent ein anderes geeignetes Mittel zur Erlangung von Mitteln für die Errichtung von Versammlungslokalen angeben. Sollen sie die Mitglieder des Vorstands aus eigenen Mitteln bauen? Denn wer wird dem Vorstand die Gewähr bieten, daß die in den Banken aufgenommenen Darlehen — diese hat der Korrespondent offenbar im Sinne — getilgt werden, wenn die Arbeiter, die doch dies in erster Reihe interessiert, weder freiwillige Beiträge zahlen, noch dem Verbande beitreten werden? So wie sich nach seiner Meinung der Vorstand nicht auf die Mitglieder verlassen soll, ebenso dürfen sich, und zwar noch in höherem Maße, die Mitglieder nicht auf den Vorstand verlassen, auf daß dieser alles für sie täte, sondern sie sollen ihn durch ihre Betätigung nach jeder Richtung unterstützen, denn was der Vorstand tut, das tut er nicht für sich, sondern für sie, daher muß er sich auch auf die Mitglieder verlassen. Unsere Arbeiter könnten sehr viel tun, sie könnten sogar eine ansehnliche Geldsumme aufbringen, wenn sie nur wollten, sie wollen es aber nicht, denn es fehlt ihnen an Aufklärung und gutem Willen. Sie verstehen, sehr viel zu fordern, aber selbst für sich beizusteuern, sich selbst zu helfen, davon wollen sie nichts wissen. Sie klagen, die Löhne seien schlecht, und darum könnten sie keine Beiträge zu einem Vereinshaus leisten; trotz der schlechten Löhne aber tragen sie das Geld ins Wirtshaus, das, wenn sie es zum Bau eines Vereinshauses verwenden würden, zum Ankauf eines Bauplatzes genügen würde, ja es würde Geld noch übrig bleiben. Man spricht aber lieber nicht davon, denn es ist ein empfindliches und schmerzhaftes Geschwür. Was nun die Pflicht anbetrifft, daß wir im Juli in der Knappschaftsangelegenheit Versammlungen hätten veranstalten sollen, so sind wir imstande, uns zu regieren, ohne bei den Sozialdemokraten Belehrung zu suchen, denn wir veranstalteten schon in einer Zeit, in welcher der Korrespondent des Gl. Sl. noch als kleines Kind in Kleidchen herumliefe, fast jeden Sonntag je 5, 6 und mehr Versammlungen, in denen wir verschiedene, mithin auch Knappschaftsangelegenheiten berieten. Wenn irgend ein Verband, so kümmerte sich wohl der Beuthener Verband am meisten um die Knappschaft in Oberschlesien. Wenn wir jetzt keine Versammlungen veranstalteten, so trifft die Schuld nicht uns. Der Korrespondent fordert die Einberufung von mehr Versammlungen. Sehr gut. Möge er uns seine genaue Adresse angeben und uns sagen, wer er ist, und bei der nächsten

Generalversammlung werden wir ihn als Kandidaten zum Vorstandsmitglied vorschlagen, denn es fehlt uns gerade an solchen klugen und umsichtigen Männern, und vielleicht wird es ihm gelingen, mehr Versammlungen zu veranstalten. Vielleicht wird sich ein so kluger Kopf sogar zum Vorsitzenden des Vorstands emporheben. Nun, dann wird schon alles so gehen, wie er und alle diejenigen es wünschen, denen man nichts recht machen kann. Glück auf ihm, wenn er dies durchführt; aber wehe ihm, wenn dies nicht geschieht. Er wird sich dann am eigenen Leibe überzeugen, wie schwierig es ist, es allen recht zu machen, und daß es leichter ist, zu kritisieren und zu tadeln, als etwas besser zu machen. Denn kritisieren kann jeder, aber etwas besser zu machen fällt sogar einem Schlaufkopf schwer. Wir fürchten keine vernünftige Kritik, aber der Kritik des Korrespondenten des Gl. Sl. müssen wir diese Eigenschaft absprechen, denn sie wird unserer Sache im gegenwärtigen Zeitpunkt nichts nützen, sondern schaden. Der Glos Slonski, der sie veröffentlicht hat, erwies hierdurch dem Verband einen Bärendienst, der sich wieder an ihm rächen kann.

Krolif,

Vorsitzender des Beuthener Verbandes.

Aus Nr. 108 des Polak (Kattowitz)
vom 12. September 1907:

An die Eisenbahndirektion.

Laurahütte.

Verflorenen Sonntag reiste ich von Kattowitz mit dem um 6 Uhr 20 Min. abgehenden Zuge in der Richtung nach Laurahütte. Als ich den Bahnsteig betrat, war es schon Zeit zur Abfahrt des Zuges. In der Meinung, daß der Zug zur Abfahrt bereit steht, öffnete ich die Tür und will in den Wagen steigen. Da verbietet es mir der Schaffner im Unteroffizierston. Ich frage ihn ruhig und ganz höflich: „Ist es nicht erlaubt, einzusteigen?“ Darauf antwortete mir der Schaffner in einem Tone, der mich aufs tiefste verletzte. Das Blut wallte in mir auf, und schon wollte ich dem Grobian einen ordentlichen Faustschlag versetzen, um ihn zu belehren, wie er mit Fahrgästen umzugehen hat, und mir Genugtuung zu verschaffen, aber ich hielt noch rechtzeitig inne. Natürlich hielt ich ihm in energischer Weise vor, daß nicht die Fahrgäste für die Bahn da sind, sondern die Bahn für die Fahrgäste, und daß ich nicht als Rekrut vor einem Offizier stehe, sondern daß ich Fahrgast sei, der für sein Geld das Recht hat zu fordern, daß er höflich bedient werde. Meines Erachtens dürften so ungeschliffene Grobiane dem Dienst der Personenzüge überhaupt nicht zugeteilt werden.

Aus Nr. 207 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 10. September 1907:

Aus Tschelnitz, Kreis Groß-Strehlitz.

Es wird uns mitgeteilt, daß dort die Germanisation in die Kirche eindringt, und zwar mit Hilfe des deutschen Gesangs, in welchem die Schulkinder eingeübt werden. — Auch die Wanderbibliothek tut das ihrige; aus ihr werden Bücher, aber nur deutsche, den polnischen Kindern verabfolgt. — Die Lehrer veranstalteten hier auch ein deutsches Vergnügen für die Kinder, wozu sie von den Kindern 20 Pfennig vereinnahmten. Manche Eltern erlaubten aber den Kindern nicht, an diesem Vergnügen teilzunehmen. An Sonn- und Feiertagen hat niemand die Pflicht, die Kinder zu solchen deutschen Vergnügungen

zu schicken. Die Eltern haben auch keine Pflicht, den Kindern Geld zum Vergnügen zu geben. — In Anbetracht alles dessen wird es gut sein, daß die Eltern desto mehr die gute polnische Erziehung ihrer Kinder im Auge behalten, damit sie nicht verdeutschen, sondern zu guten Polen und Polinnen heranwachsen.

Ein kleiner Pole.

(Wir danken für die Korrespondenz. Mehr konnten wir nicht bringen. Gruß. — Die Red.)

Aus Nr. 209 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 12. September 1907:

Aus Ostrosniß im Kreise Kosel.

Sonntag, den 1. d. M., fand hier eine Sedanfeier statt. In der Kirche war von der Kanzel ein feierliches „Te Deum“ und der Ausfall der Nachmittagsandacht vermeldet worden, als ob die Schlacht bei Sedan irgend eine besondere Bedeutung für die hl. Kirche hätte. — An diesem Tage fand auch etwa um 2 Uhr nachmittags ein Festzug des Kriegervereins und der älteren Kinder aus den beiden Oberklassen nach der Wiese in Wienzowiec (?) statt. — Eine Woche vorher sagte der sogenannte „Herr Oberst“ bei dem sogenannten „Appell“ zu den „Kriegerferajnißen“, daß sich kein Sozialdemokrat oder Pole zu der Feier auf mehr als 100 Schritt nähern dürfe. Und doch steht ihr, liebe polnische Brüder, daß sich der ganze hiesige „Kriegerferajniß“ aus Polen zusammensetzt, und es befinden sich darin insgesamt nur 20 Mitglieder. — Vor nicht langer Zeit sagte der Herr Organist bei einer Feier, der Kriegerverein sei eine Verteidigung gegen zwei innere Feinde, die Sozialdemokraten und die Polen. So spricht man zu den Polen, die dem Kriegerverein angehören, daß die Polen Staatsfeinde seien. — In Wirklichkeit sind eigentlich weder der Herr Oberst, noch der Herr Organist Deutsche, sondern sie sind verdeutschte Polen, denn sie stammen von Polen. — Zu der genannten Feier erschienen auch der Herr Pfarrer, der Herr Direktor, die Lehrer und eine Musikkapelle. Es wurde dort „Deuczland über alles“ gesungen, bis eine Wolke mit großem Donner kam und der Regen in Strömen goß. Es wurde also kein deutsches Kommando abgewartet, sondern jeder rettete sich nach seinem polnischen Kommando, wie er konnte. So endete diese berühmte Sedanfeier in Ostrosniß. — Leid tun mir nur die Kinder, die bis auf die Haut naß wurden. Es wäre besser gewesen, wenn die Vesperandacht stattgefunden und die Kinder an Gebet und Gesang in der Kirche teilgenommen hätten. Es wäre besser, wenn, statt die Polen unter einander zu entzweien, der Friede und die Liebe aller Polen in der ganzen Parochie angestrebt würde. Es wäre besser, wenn hier dieser Kriegerverein nicht wäre. Es wäre besser, wenn hier die Leute mehr polnische Zeitungen und Bücher lesen und sich mehr Bildung und Erfahrung aneignen würden.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 207 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 8. September 1907:

Unter der Adresse polnischer Firmen in der Heimat.

Das polnische Volk in Westfalen und in der Rheinprovinz hat sich das Losungswort „Jeder zu dem Seinen“

so zur Richtschnur gemacht, daß es nicht nur allein ausschließlich von den Landsleuten kauft, sondern auch von den polnischen Kaufleuten verlangt, daß sie ihre Waren aus Polen und zwar nur von polnischen Fabrikanten und Großhändlern bezögen. Größtenteils tun dies auch unsere Kaufleute, in der Hoffnung, daß sie von den Ihrigen besser als von den Fremden bedient werden, was auch überwiegend geschieht.

Leider gibt es in der Heimat auch solche polnischen Firmen, die in schamlosester Weise den Patriotismus und die Unerfahrenheit der jungen Kaufmannschaft aus den deutschen Gegenden ausnützen, indem sie minderwertige Ware für teures Geld verkaufen. Scheinbar wird von verschiedenen Firmen, die bei der Kaufmannschaft als Grundsatz geltende Ehrenhaftigkeit und Anständigkeit bezüglich ihrer Beziehungen zu der Kaufmannschaft in der Fremde vergessen. Der polnische Kaufmann in der Fremde gründet gewöhnlich sein Geschäft mit dem Groschen, den er sich durch seine mehrjährige Arbeit in einem Bergwerke oder in der Fabrik erspart hat. Später kauft er minderwertige Waren für übertriebene hohe Preise ein und kann infolgedessen nicht mit den am Platze befindlichen deutschen Firmen konkurrieren. In kurzer Zeit verliert er dadurch sehr oft sein ganzes Vermögen. Es ist vorgekommen, daß eine polnische Firma gesundheitschädliche, verbotene Essenzen zur Fabrikation von Schnäpßen verkaufte. Das ist schon nicht nur keine Ehrenhaftigkeit mehr, sondern geradezu ein Verbrechen, denn derartige Farben verstärken den schädlichen Einfluß des Alkohols und gefährden das Leben von Tausenden von Leuten, gar nicht zu rechnen die Strafen, denen sich die unschuldigen Destillen-Besitzer durch diese gewissenlosen Essenzenfabriken aussetzen.

Wenn wir danach trachten wollen, daß unsere Kaufmannschaft in der Fremde auf kräftiger materieller Grundlage steht und sich in ihrem Gewerbebetriebe ausbreitet, so kann es so nicht weitergehen. Die ehrlichen Kaufleute und Fabrikanten in der Heimat sollten sich schleunigst organisieren und eine Zentrale gründen, durch deren Vermittlung unsere Kaufleute in der Fremde die notwendigen Waren erhalten könnten. Hieraus würde die Heimat und das Emigrantentum Nutzen ziehen.

Aus Nr. 203 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 4. September 1907:

Ein Sokol-Verein in Remscheid.

Am 7. Juli ist hier ein Sokol-Verein gegründet worden, der bereits 30 Mitglieder zählt. Die Kameraden erschienen zahlreich zu den Versammlungen, in denen Vorlesungen gehalten werden, gesungen und geredet wird. Zu der letzten Versammlung war auch der Redakteur des Wiarus Polski, Kamerad Anton Brejski, erschienen, der an uns herzliche Worte richtete.

Aus Nr. 208 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 10. September 1907:

Gegen das Enteignungsprojekt,

bzw. gegen das zwangsweise Wegnehmen des Landes protestieren sehr energisch die polnischen Arbeiter in der Fremde. In den sozialpolitischen Versammlungen, die am Sonntag, den 8. September, in Oberhausen und in Bochum stattfanden, wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 8. September 1907 versammelten polnischen Arbeiter protestieren energisch gegen das Enteignungsprojekt, bzw. gegen das zwangsweise Wegnehmen polnischen Landes.

Die Versammelten geben der Überzeugung Ausdruck, daß die Verwirklichung des Enteignungsprojektes nichts anderes wäre, als eine Beraubung unter dem Deckmantel des Gesetzes.

Aus Nr. 202 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 3. September 1907:

Die polnische Berufsvereinigung hat in den von ihr zahlreich veranstalteten Versammlungen, in denen gegen das neue Knappschaftsgesetz protestiert wurde, die nachstehende Resolution angenommen:

Die polnischen Arbeiter, Mitglieder der polnischen Berufsvereinigung, protestieren energisch gegen die Verschlechterung des Statuts des Bochumer Knappschaftsvereins. Wir fordern die Knappschaftsältesten auf, die Rechte der Arbeiter energisch zu vertreten und keinerlei Verschlechterungen zuzulassen. **Für die Polen fordern wir Knappschaftsstatuten in polnischer Sprache.**

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 106 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 3. September 1907:

Drei geheime Dokumente.

Die Partei der Sozialrevolutionäre veröffentlicht in ihrem Organe, dem Sztandar Pracy, drei sehr wichtige, geheime Dokumente, welche den Beweis dafür liefern, daß gerade die russische Regierung es gewesen war, die den Czerniak hatte ermorden lassen.

Bekanntlich verlangte die russische Regierung von der schwedischen Regierung die Auslieferung Czerniaks. Die schwedische Regierung war mit der Auslieferung einverstanden, forderte aber ihrerseits, daß Czerniak vor ein ordentliches Gericht gestellt werden sollte. Da sich die russische Regierung hiermit nicht einverstanden erklären wollte, wies die schwedische Regierung den Czerniak nur aus. Er begab sich nach London, starb aber plötzlich auf dem Dampfer an den Folgen einer Vergiftung. Die russische Regierung bemühte sich natürlich, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Gegenwärtig ist eine Korrespondenz erschienen, die zwischen dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, dem Justizminister und dem Minister der inneren Angelegenheiten geführt worden ist. Aus dieser geht ganz klar hervor, daß die russische Regierung die Ermordung Czerniaks auf dem Gewissen hat, daß Czerniak auf Befehl der russischen Regierung ermordet worden ist.

Der erste Brief ist von dem Minister der inneren Angelegenheiten Jzwolski an den Justizminister gerichtet worden. Er lautet folgendermaßen:

— den 4. Februar 1907.

Vertraulich.

Eigenhändig.

Ich habe die Ehre, mich an Eure Exzellenz mit der ergebenen Bitte zu wenden, dem Geheimagenten A. W. Wiktorow in Anerkennung seiner Verdienste, die er sich durch die Vollstreckung der Todesstrafe an dem Verbrecher J. Czerniak erworben hat, den persönlichen Titel eines Ehrenbürgers verleihen und ihm eine Gratifikation von 1500 Rubeln gewähren zu wollen.

Ich bitte Euer Hochwohlgeboren die nötigen Schritte zu tun zu wollen.

Mit besonderer Hochachtung

Jzwolski

Beglaubigt: Administrator Cotin.

Der Justizminister erklärte sich mit diesem Verlangen einverstanden, wovon er auch den Minister der inneren Angelegenheiten durch ein Schreiben vom 7. Februar 1907 — J.-Nr. 641 — in Kenntnis setzte.

Stolypin war der Meinung, daß für eine solche Tat 1500 Rubel zu wenig wären und er warf eine einmalige Beihilfe von 3000 Rubeln aus.

Das Schreiben Stolypins ist datiert vom 16. Februar 1907. Beglaubigt ist das Schreiben von Glalijzew.

Die russische Regierung ist eine Regierung von Meuchelmördern.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 402 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 29. August 1907:

Rom und die preussische Regierung.

Lemberg, den 29. August.

In der am 17. Dezember 1906 in Posen abgehaltenen Versammlung katholischer Polen ist bekanntlich eine Bittschrift an den heiligen Vater in Sachen, betreffend die Verfolgung polnischer Kinder von der preussischen Regierung, beschlossen worden.

Auf diese Bittschrift ging eine, vom 14. Mai 1907 datierte und von dem Kammerherrn des Heiligen Vaters, Fürsten Adam v. Sapieha unterzeichnete Antwort ein, welche bekanntlich sehr wohlwollend lautete. Wegen unserer, der Germanisierung in den Religionsstunden gegenüber eingenommenen Stellung haben wir nicht nur keinen Verweis erhalten, sondern im Gegenteil, der Heilige Vater hat die unerschütterliche Treue der polnischen Nation zur Kirche gelobt, mit dem Hinzufügen nur, daß die Sache eine „der schwierigsten und verwirkeltsten“ wäre, zu deren Erledigung „Ruhe und Überlegung gehörten“.

Die Adresse und die Eingabe waren an den päpstlichen Stuhl mit der Bitte gerichtet, der apostolische Stuhl solle zur Beilegung der Angelegenheit beitragen. Können wir also auf etwas hoffen?

Eine solche Frage stellt sich der Swiat slowianski und legt auf Grund der an der Quelle selbst gesammelten Informationen in folgender Weise diese wichtige vatikanische Urkunde aus: „Wenn der Papst uns Recht gibt, erklärt er damit, daß er im Geiste mit uns, auf unserer Seite ist, also keine kirchliche oder gar deutsche Behörde gegen uns sein kann. Hieraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen — das dürfte unsere Sache sein. Mit Ruhe und Überlegung, ohne die Gesamtbevölkerung einer Gefahr auszusetzen oder in ihr eine Gärung hervorzurufen, können und müssen wir es jedoch dahin bringen, daß die Kirchenhierarchie Deutschlands und das ganze deutsche katholische Lager unsere Sache für die ihrige anerkennen. Die Frage der Unterrichtssprache in den Religionsstunden müßte einen Programmpunkt der preussischen Katholiken, ohne Rücksicht auf die Nationalität bilden. Die Regierung würde sich dann in einer viel schwierigeren Lage befinden. Um uns kurz und bündig auszudrücken:

Es liegt in unserer Macht, der Regierung einen neuen Kulturkampf aufzudrängen, die Zeit der Handlung und deren Umfang hängen von uns allein ab. Wenn wir nur auf katholischem Boden stehen und mit Ruhe und Überlegung handeln, kann kein deutscher Bischof, selbst der Breslauer Kardinal nicht, gegen uns auftreten.

Seinen apostolischen Segen erteilte der Papst den die Adresse Unterschreibenden und allen denen, die ihnen teuer sind. Am teuersten sind ihnen ihre eigenen Kinder, d. h. eben die „streifende Schuljugend“.

Der Streik war eine vollständig berechnete Verteidigung der Kirchenrechte; es ist Sache der Kirche, in allen Angelegenheiten, die mit der Lehre der Glaubensartikel in Verbindung stehen, Bestimmung zu treffen. Die preussische Regierung spricht der Kirche das Recht ab. Die polnische Bevölkerung hat in dem Streite ihre Parochialgeistlichkeit und den Hirtenbrief des letzten Erzbischofs, des verstorbenen Florian v. Stablewski, auf ihrer Seite. Dieser Brief hat in den Regierungskreisen viel böses Blut gemacht. Die Diözesanen wendeten sich an den Papst mit der Bitte, zu entscheiden, ob der Erzbischof recht gehabt habe. In der Bittschrift wurde absichtlich auf das erzbischöfliche Rundschreiben vom 8. Oktober 1906 hingewiesen und in der Adresse wieder auf dessen Person aufmerksam gemacht. Der verstorbene Erzbischof v. Stablewski hat der Regierung geradezu erklärt, die Kirche verlange, daß die Religion in der Muttersprache gelehrt werde. Das wußte man in Rom ganz genau und diese Stellung wurde erneut gutgeheißen. Die polnische Geistlichkeit, für die polnische Sprache eintretend, hat das Recht, ja sogar die Pflicht, so zu verfahren, und wenn ihr jemand den Vorwurf machen sollte, sie verjähre nicht im Sinne der obersten Kirchenbehörde, so kann sie wegen besserer Informationen auf Rom verweisen.

Mit „Ruhe und Überlegung“ kann das systematische Vorgehen, zu welchem der Streik nur den Anfang bilden konnte, erwogen werden. Er brach von selbst, ohne jegliche Agitation, mit elementarer Gewalt aus, jetzt bedarf es jedoch einer wohlervogenen, von vorn herein berechneten und zielbewußten Aktion. Das Volk hat die Losung gegeben, jetzt ist die Reihe an dessen Führer, daß sie die Sache weiterführen. Augenblicklich kommt es viel darauf an, daß wir uns das wertvolle Schreiben gehörig auslegen und daß man auf der anderen Seite weiß, wie wir es uns auslegen; wenn dies nicht genehm sein sollte, mögen sie selbst um die Auslegung bitten. Dahin müßten wir streben.

Aus Nr. 414 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 5. September 1907:

Die Sündenböcke der antipolnischen Politik.

Im Monat Mai d. J. wurden 30 deutsche Lehrer aus Arnberg und Düsseldorf nach der Provinz Posen abkommandiert, um in den dortigen Schulen das Germanisierungswerk zu führen. Als sie sich weigerten und bei den betreffenden Behörden vorstellig wurden, daß man sie von dem Kommissorium befreie, wurde ihnen erklärt, daß dies gewissermaßen eine Auszeichnung wäre, welche lediglich ihnen zugute kommen würde, daß der Patriotismus ein derartiges Opfer von ihnen fordere und sie auch materiell dabei gewinnen würden, denn der Lebensunterhalt in der Provinz Posen sei billig, sie könnten daher dabei etwas sparen. Übrigens würde die Versetzung nicht lange dauern, denn sie würden nach der Provinz Posen zwecks Unterdrückung des Schulstreiks berufen, später aber sofort in ihre alten Stellen zurückversetzt werden. Trotz derartiger Argumente wollte sich jedoch die Mehrzahl der Lehrer nicht mit diesem Auftrage einverstanden erklären. Nunmehr wurde ihnen erklärt, sie müßten gehorchen, widrigenfalls sie sich als des Dienstes enthoben betrachten könnten.

Angeichts eines derartigen dictum acerbum begaben sich die deutschen Lehrer nach den bedrohten Provinzen, woselbst sie sich überzeugten, daß man rein aus Nützlichkeitsgründen an ihren Patriotismus appellierte, denn einen Streik fanden sie nicht vor, dagegen brachten sie in Erfahrung, daß sie aus Mangel an Lehrkräften versetzt wurden. Als sie obendrein merkten,

daß sie sich mit den Kindern, zu deren Unterdrückung sie geschickt worden waren, nicht verständigen konnten, ihre patriotische Sendung deshalb eine vergebliche war, versuchten sie auf verschiedenen Wegen Rückversetzungen zu erreichen. Sie erhielten die Antwort, diese werde, sobald der Streik beendet sei, sofort erfolgen.

Gegenwärtig ist vom Streik nichts zu hören, das neue Schuljahr hat begonnen, die nach der Provinz Posen versetzten deutschen Lehrer aber bleiben nach wie vor auf ihren Posten, welche sie nur vorläufig bekleiden sollten. Infolgedessen herrscht unter ihnen eine ungeheure Entrüstung, welche um so größer ist, als sie anstatt materieller Vorteile lauter Nachteile haben, denn, auf eine baldige Rückversetzung rechnend, haben sie ihre Familien zu Hause gelassen, infolgedessen sie zwei Haushaltungen führen müssen. Dieser Sache hat sich die ehrlichere, vom Hafatismus nicht angestechte deutsche Presse angenommen und fordert die Regierung auf, die unschuldigen Opfer der preussischen Staatsraison zurück zu versetzen. Wenn man sie zur Bekämpfung des Schulstreiks — so sagen die Blätter — berufen habe, so sei heute, nach Beilegung des Streiks, ihre Anwesenheit in der Provinz Posen überflüssig; wenn man sich aber dieser „patriotischen Rücksicht“ nur zum Schein bedient habe, so mögen diese Lehrer die Wahrheit erfahren und sich nicht weiter einer Täuschung hingeben.

Aus Nr. 243 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 4. September 1907:

Korrespondenz des Kurjer Warszawski.

Posen, den 30. August 1907.

(Die Arbeiter aus dem Königreich Polen in Diensten der Ansiedlungskommission. — Prügel sind die hauptsächlichste Zahlung. — Die Notwendigkeit der Verteidigung und die Mittel hierfür. — Neue barbarische Taten der Preußen: Drzymala, Heydniski und Retkowsky. — Das Stehlen der Kinder. — Noch einmal die Enteignungsfrage. — Die finanzielle Krise. — Der Mazur.)

An der Grenze des Königreichs Polen und des Großherzogtums Posen, in Skalmierzycy, existiert ein Vermittlungsamt der deutschen Feldarbeiter = Zentralstelle für die Saisonarbeiter aus dem Königreich. Die Hauptaufgabe derselben ist die Beschaffung von Kräften für die landwirtschaftlichen Arbeiten der preussischen Ansiedlungskommission und der deutschen Landwirte. Die polnischen Landwirte bemühen sich um Arbeiter hauptsächlich durch Vermittlung von Privatagenten. Die in dies Bureau geführten oder sich dort meldenden Saisonarbeiter sind ihrem Schicksal auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Ohne Schutz, ohne Hilfe, ohne Rat und Fingerzeige, ohne die Kenntnis der deutschen Sprache und ohne Dolmetscher unterschreiben sie die allerdings in deutscher und polnischer Sprache gedruckten, aber nur in deutscher Sprache ausgefüllten Verträge. Besonders bedenklich ist der letzte Paragraph, der als einziger Verteidigungsweg der Interessen der Arbeiter das deutsche Bureau in Skalmierzycy offen läßt und zwar mit Übergehung der preussischen Gerichte und Behörden, deren Hilfe die Arbeitgeber dagegen reichlich in Anspruch nehmen.

Die Peitsche, der Gendarm, der Kommissar, das Gericht mit dem Gefängnis stehen im Dienste der Arbeitgeber; dem Arbeiter dagegen bleibt nur übrig, sich zu unterwerfen oder ohne Geld und ohne Paß zu fliehen. Um dies zu illustrieren, führe ich einen durch Augenzeugen bekräftigten Fall an.

Der Beamte Schmidt bezog durch Vermittelung des Bureaus in Skalmierzycy für das Ansiedlungsgut

Kolaczkowo bei Miloslaw 20 männliche und 11 weibliche Arbeiter aus den Gouvernements Warschau, Piotrkow und Radom und bestimmte sie für Landarbeiten. Mit diesem Augenblick begann die Leidenszeit dieser Leute, die vom Administrator und dem Beamten der Ansiedlung früh beim Verlassen der Stuben unbarmherzig gezüchtigt wurden, die von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, bedroht durch Revolver und Gendarmen, die mit ihren Säbeln herumfuchtelten, auf dem Felde arbeiten mußten. M. Kwietniak und Ant. Wazniak aus dem Gouvernment Warschau wurden wegen „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ abgeführt und direkt vom Felde in das Gefängnis nach Miloslaw gebracht. Sie saßen dort zwei Wochen, darauf wurden sie über die Grenze abgeschoben. Der Beamte schlug auf dem Felde die Leute wegen Sprechens und Lachens, beim Heraus-treten aus den Stuben und bei der Heimkehr stand er mit der Peitsche in der Türe und impfte „den verfluchten Polacken“ die „preussische“ Kultur ein. Wer durch das Fenster sprang, erhielt am Mittag oder auf dem Felde Hiebe (Antonina Karfuniow, Maria Adachow, Stefan Kaniowski usw.).

Der Erfolg war der, daß die Arbeiter einzeln oder in Gruppen entließen, ihre Kaution (24—30 Mk.) und ihren Wochenlohn in Kolaczkowo zurückließen.

Am Sonnabend, den 3. September, arbeiteten nur noch 16 Leute, heute wird dort wahrscheinlich kein einziger Arbeiter mehr vorhanden sein.

Wie kann man sich hiergegen schützen? Zunächst muß auf Initiative und mit Hilfe unserer Landleute, die die Arbeiterfrage aus rein praktischen Gründen am meisten angeht, an der Grenze ein polnisches Vermittlungsbureau entstehen. Dieses Bureau muß sowohl den durchreisenden Arbeitern juristischen Rat erteilen, als auch ihnen die Güter der Ansiedlungskommission und der Katastristen namhaft machen und sie vor diesen warnen. Denn wenn der Arbeiter erst in die feindlichen Hände gekommen ist, dann ist es zur gezielten Verteidigung zu spät. Sogar der verhältnismäßig menschliche preussische Kommissar in Miloslaw konnte diesen Leuten keinen andern Rat erteilen, als nur den, sie möchten zur Arbeit zurückkehren, oder sich wenigstens um die Rückgabe der Pässe bemühen, da er sie sonst durch Gendarme zur Arbeit zurückführen lassen mußte. Beklagen können sie sich nur bei ebendemselben Bureau in Skalmierzycze, das sie solchen Brotgebern zugesandt hat.

Ferner müssen die Volkszeitungen im Königreich in dieser Angelegenheit ihre Stimme erheben, ebenso müssen die Geistlichen von der Kanzel herab auf die traurigen Folgen einer derartigen Auswanderung hinweisen. Vor allen Dingen muß man jedoch ein polnisches Vermittlungsbureau an der Grenze haben.

Der Preusse ist in seinen Mitteln nicht wählerisch. Er rottet das Polentum aus, wo und wie er nur kann. Als Beispiele mögen einige neue gresle Fälle dienen. Im Juni v. J. ließ sich in Gorzno in Westpreußen ein Theodor Kettowski nieder, der hier geboren und mit einer hiesigen Bürgerin verheiratet ist. Am 30. Dezember 1868 zum Militärdienst eingezogen, diente er vier Jahre. Er machte den Feldzug gegen Frankreich im Jahre 1870/71 mit, er kämpfte bei Metz, Roisjeville, Amiens, Querriex usw. Am 29. Dezember 1870 bei einer Belagerung schwer am Fuße verwundet, lag er längere Zeit im Lazarett, erhielt einen Orden und das beste Führungszeugnis. Er war darauf kurze Zeit in Amerika, längere Zeit dagegen im Königreich. Er hatte gehört, daß den Veteranen von der Regierung eine Unterstützung zugesichert worden war und kam deshalb auch um die schwer verdiente Beihilfe ein. Den Epilog seiner Bemühungen

beleuchtet am besten das Schreiben des Regierungs-Präsidenten in Marienwerder vom 10. Juli 1907, welches lautet:

„Auf Ihr an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtetes und mir übergebenes Gesuch vom 30. Mai d. J. erteile ich Ihnen nach Prüfung der Angelegenheit den Bescheid, daß Ihr fernerer Aufenthalt in den Grenzen des preussischen Staates nicht geduldet werden kann.“

Durch seine längere Abwesenheit von Preußen hat Kettowski die hiesige Staatsangehörigkeit verloren. Mit Vertrauen geht er zum Kaiser, dessen Großvater er die Krone erobert hat und als Belohnung erhält er den Befehl, das Land und die Tischlerwerkstatt, die ihm für das Alter ein Stückchen Brot geben sollte, zu verlassen.

Er gilt allerdings als Pole, hat seinen Namen nicht umgeändert und hat sich auch nicht auf andere Weise verdient gemacht.

Nach dem Veteranen kommt nun das sieben Jahre alte Kind Heinrich Heydniki, eine Waise, die seit dem April v. J. die St. Martinschule in Posen besucht. Das Kind liest bereits ziemlich gut deutsch, aber es hatte am 14. d. M. das Unglück, das Wort „weichen“ wie „wecken“ auszusprechen.

Dafür schlug es der Lehrer noch derartig mit dem Rohrstock, daß ihm die Haut auf dem Rücken an acht Stellen durchgeschlagen wurde und der übrige Teil in allen Farben des Regenbogens schillerte. Der Vormund fragt, ob er beim Staatsanwalt Anzeige erstatten soll. Wer die heutigen Verhältnisse kennt, wird antworten: Es lohnt sich nicht, denn die Antwort des Staatsanwalts lautet ständig: „Der Lehrer hat durchaus nicht das Züchtigungsrecht überschritten!“

Der Tagelöhner Drzymala hat von einer Deutschen in Pogradowice 15 Morgen Land mit einer Scheune und einem Stalle gekauft. Das Ansiedlungsgesetz gestattet ihm nicht, ein Wohnhaus zu erbauen, die Polizei läßt es nicht zu, daß er sich in der Scheune eine Lagerstätte einrichtet. Er kaufte also einen Wagen von einem Wanderzirkus und — der arme polnische Mann triumphiert: das Gesetz kennt keinen Paragraphen, der verbietet, in einem beweglichen Wagen, der sich auf Rädern überall hinbringen läßt, zu wohnen.

Man hat den Drzymala einstweilen in Frieden gelassen. Seinem Beispiel wird vielleicht eine ganze Reihe neuer Ansiedler folgen. Sie werden damit beginnen, Möbel- und Transportwagen zu kaufen und bald wird das ruhige polnische Volk sich in ein Wandervolk verändern und es wird, wie einst die Tataren und Hunnen, in Wagen und Zelten wohnen.

Leichter wird es den preussischen Behörden allerdings noch sein, Kinder zu stehlen, was sie jetzt schon mit Erfolg in Anwendung bringen. Die Polizei beobachtet mit Argusaugen Fälle, in welchen eine arme Witwe, die noch nicht erwachsene Kinder hat, diese Kinder zur Arbeit schickt. Mit Hilfe der Vormundschaftsbehörden wird dann der Spruch gefällt, daß die Kinder ohne Fürsorge sind. So holte am 14. d. M. die Posener Polizei die 13 Jahre alte Victoria Mikolajczak früh morgens aus der Schule, barfüßig und ohne Hut, und brachte sie nach Freihan in Deutsch-Schlesien. Im Polizeiamte in Posen schrieb man dem Mädchen einen an die Mutter gerichteten, in fehlerfreiem Deutsch abgefaßten Brief, wie gut es ihr in Freihan bei Herrn Vogel ginge. Diesen Brief warf der Polizist in den Zug Posen-Breslau. Noch an dem gleichen Tage erfuhr die Mutter, wie herrlich es ihrer Tochter in Schlesien geht.

Wenn es den Rechtsanwälten nicht gelingen sollte, diesen preussischen Zigeunern die Kinder zu entreißen,

dann sind sie für das Polentum und für den Katholizismus verloren.

In Posen wohnt eine arme katholische Polin namens Berndt, die von ihrem liederlichen protestantischen Mann verlassen worden ist. Die Armenbehörde der Stadt, an die sie sich wegen einer Unterstützung wandte, erklärte ihr: Du wirst einen völlig eingerichteten Viktualienkeller und für jedes Kind eine Beihilfe bekommen und dies alles nur für die Kleinigkeit, daß du zum protestantischen Glauben übertrittst. Tußt du dies nicht, dann haben wir für dich keinen Groschen. Es handelt sich natürlich weniger um die Mutter als um die Kinder, denen man einen deutschen Vormund gibt, oder die man in kinderlose protestantische Familien nimmt. Man muß doch die größere Fruchtbarkeit der Polen unwirksam machen.

Der Enteignungsfrage haben sich mit der Zeit so viele juristische und wirtschaftliche Hindernisse in den Weg gestellt, daß — wie Optimisten behaupten — dieser Schlag für den Augenblick abgewehrt erscheint. Bezeichnend sind die Stimmen der deutschen Presse, besonders der halbamtlichen, die augenscheinlich von oben herab inspiriert ist, die immer mehr über die Schwierigkeiten schreibt und über die Notwendigkeit die Angelegenheit, bevor sie ins Leben gerufen wird, gründlich zu untersuchen.

Die allgemeine finanzielle Krisis, die in ganz Deutschland herrscht und sich durch den ungewöhnlich hohen Reichsbankdiskont und den Mangel an Kapitalien bemerkbar macht, ist auch an Posen nicht spurlos vorübergegangen. Eine Anzahl angesehenen und bedeutender Firmen ist zusammengebrochen, andere dagegen haben ständig mit dem Mangel an Betriebskapital zu kämpfen.

Zum Schlusse möchte ich, wenn auch nur kurz, eine noch nicht dagewesene Sache dokumentieren. In einem polnischen Hause, in einer polnischen Druckerei, unterstützt durch polnisches Geld, wird eine Zeitung in preußenfreundlichem Sinne gedruckt. Es ist dies der *Mazur* in Ortelburg, der infolge der Unfähigkeit des Posener Komitees in die Hände eines gewissen Falkenberg gekommen ist. Dieser Herr geht in Nr. 65 des *Mazur* vom 21. v. M. offen in das preussische Lager über und reserviert sich nur die „Liebe zur polnischen Sprache.“

Bis jetzt hat das Komitee kein Lebenszeichen gegeben. Falkenberg soll einen fatalen Kontrakt in Händen haben, der es nicht gestattet, ihn hinauszuworfen. Unzweifelhaft kommt hierbei aber der bei uns ständige Brauch ins Spiel, Angelegenheiten aller Art stets ein und denselben Personen zu übertragen. Solche Personen sind der Sache nicht gewachsen und und die nationale Angelegenheit leidet. Wasz.

Aus Nr. 205 des *Dziennik Poznański* (Posen)
vom 7. September 1907:

Aus Warschau.

Das neue Schuljahr beginnt dieser Tage. Ein trauriger Anfang! Die Zeitungen äußern sich etwa dahin: Die höheren Lehranstalten sind aus eigenen Kräften schwer zu ersetzen. Dagegen haben die niederen und mittleren Lehranstalten aller Art zu einem bedeutenden Teil Kompensation erfahren in den eröffneten oder zu eröffnenden privaten Anstalten und Gymnasien.

Run, auch der Ausdruck „zu einem bedeutenden Teil“ ist sehr optimistisch. Das ist unwar. Im allgemeinen Resultat muß man sich, wenn man sich die aufrichtige Wahrheit sagen will, die Wahrheit, die man

bei uns in der Schulfrage zu sagen so sehr vermeidet, gestehen, daß die Schulverhältnisse bei uns in einem kläglichen Zustande sind. Die ganze Revolution, welche auch die Jugend angesteckt hat, hat die Schulen und die Gemüter der Jugend vollständig desorganisiert. Heut giebt es keine Revolution mehr, selbst die jämmerliche nicht mehr, die es gab. Es ist davon nur das bisher nicht gebändigte Banditentum übriggeblieben und — eine weiter anhaltende Verblöschung. Und das, was als eine Art Äquivalent im Erziehungssystem übriggeblieben ist, ist entweder zu geringfügig oder zu teuer für die durchschnittlichen Mittel der Leute, welche für die Erziehung der Kinder zahlen müssen, oder aber in pädagogischer Hinsicht wenig wert.

Eigentlich haben wir in Warschau unter den sogenannten Privatgymnasien (berechtigungslose) nachstehende Unterrichtsanstalten, von denen man im Ernst reden kann: das Chranowski'sche, das Broblewski'sche (früher Panfiewicz), das Kontalersche, die Handelsschule der Vereinigung der Kaufleute, das Gorzische Gymnasium, das Rey-Gymnasium und das majowski'sche Gymnasium (Direktor Rujawski). Außerdem bestehen Versuchsunterrichtsanstalten oder rein auf Spekulation gegründete, was jetzt sich nicht mehr bezahlt macht. Wir fügen hinzu, daß auch die genannten Anstalten keine staatlichen Berechtigungen verleihen, daß man also ohne Ablegung eines staatlichen Examen nach Ablegung des Reifeexamen in der Anstalt selbst weder Jurist, noch Arzt, Techniker oder Lehrer werden kann. Sodann belaufen sich die Unkosten in den Privatanstalten auf 100 bis 200 Rubel jährlich oder mehr. Wer mithin z. B. 3 Söhne hat, der muß ein sehr wohlhabender Mensch sein, wenn er sie in ein Privatgymnasium schicken will. Denn diese Summe ist nur an Schulgeld zu bezahlen; es bleiben die Unkosten für Unterhalt, Kleidung, Wohnung usw. aufzubringen.

Erwägt man alles das, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß das einzige Mittel, um auch nur zum Teil dem Übel zu steuern, ist, den Boykott der Staatsschulen völlig zurückzunehmen und sich mit dem Geschick auszuföhnen. Aber diese Wahrheit ist so stark und so unangenehm für die, welche die Jugend zum Boykottieren der Staatsschulen aufgefordert haben, daß sie sich um keine Schätze offen zu dieser Wahrheit bekennen, und erst recht nicht sie aufrichtig und ohne Umschweife niederschreiben möchten. Solange das jedoch nicht geschieht, solange wir uns nicht sagen werden, daß die Epoche der Hoffnung auf Freiheit an uns vorüber ist, und zwar fast ganz fruchtlos vorüber ist, solange werden wir in der traurigen Lage verbleiben, die mindestens vier Fünfteln der Schuljugend den Unterricht unmöglich macht. Man muß nämlich noch eins hinzufügen: die Schulen können nationalfortschrittlich oder wie es wolle beschaffen sein, vor allem aber müssen sie so sein, daß man und zwar mit Nutzen, darin lernen könne. Da unsere Mittel nicht hinreichen, um ein ganzes Schulsystem zu schaffen, das von den Staatsschulen unabhängig wäre, darum muß man mit dem unproduktiven und zu nichts führenden Boykotte brechen und zur Staatsschule, sie sei so beschaffen, wie sie ist, zurückkehren.

Und nochmals: Solange wir uns diese traurige Wahrheit nicht sagen, und die Jugend zu ihr nicht zurückbringen werden, werden wir aus der unzweifelhaften Lage nicht herausgelangen. Alle verständigen Leute wissen lange davon und sie haben sich davon überzeugt, aber keiner von ihnen hat sich zu dem zivilen Mut aufgeschwungen, diese Sache mit voller Wahrheit und Aufrichtigkeit zu bekennen.